

GENZ



GENZ 08 ist auf der Suche nach Sicherheit – in Hamburg, in der Freiheit, in emotionalen Beziehungen, auf dem Kiez, in Konventionen, in Europa, im Status Quo und in Safer Spaces.



GenZ!

Am Flugplatz Oppershausen mitten in Niedersachsen trifft sich eine Gruppe Studierender, die gemeinsam ihrer Leidenschaft des Segelfliegens nachgehen. Dabei warten sie die Technik ihrer Segelflugzeuge, packen ihre Rettungsfallschirme regelmäßig neu und halten den Flugplatz in Schuss. Die Konzentration und die Ruhe im Flieger empfinden die Pilot*innen als so groß, dass alles am Boden für einen Moment unwichtig wird. Es zählt einzig das Gefühl der Freiheit. Doch dieses Gefühl existiert nur, weil der Sicherheitsgurt fest sitzt. Denn in der Werkstatt, in der Forschung und beim Abflug hat ein Aspekt stets oberste Priorität: Sicherheit.

In der 8. Ausgabe GENZ beleuchten wir dieses Spannungsfeld: unseren Wunsch nach Sicherheit, unsere Sorge um sie, das Gefühl von Sicherheit, unser Bestreben nach ihr – und ihren tatsächlichen Zustand.

Zwischen der Debatte um den Wehrdienst, einer unsicheren finanziellen Absicherung im Alter, zunehmenden Cyberangriffen und der wachsenden Sorge vor militärischen Auseinandersetzungen begreifen wir, dass Sicherheit auf globaler, lokaler und persönlicher Ebene der Zustand ist, den wir anstreben.

Also sind wir auf der Suche nach Sicherheit – in Hamburg, in emotionalen Beziehungen, im Status Quo, in der Freiheit, auf dem Kiez, in Europa, in Konventionen und in Safer Spaces. Sinti*zze und Rom*nja, queere Menschen und Migrant*innen erzählen uns von ihrem Sicherheitsgefühl in Deutschland. Und wir blicken darauf, wie die Sicherheit eines Landes durch andere Staaten gefährdet werden kann.



Das Thema Sicherheit prägt den politischen Diskurs derzeit so stark, dass wir noch nach Redaktionsschluss Artikel ergänzt und neue politische Entwicklungen eingearbeitet haben. Deswegen steht GENZ 08 unter dem Motto:

Security Mode: On!

Politische Bildung bedeutet für uns nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern Perspektiven sichtbar zu machen, Fragen zuzulassen und kritisches Denken zu stärken. Deswegen steht für uns bei der Recherche, dem Schreiben und der Ausgestaltung des Magazins wie immer das Miteinander im Vordergrund. Wir wollen den Menschen und Themen eine Stimme geben, die sonst überhört werden. Dabei wollen wir zum Weiterdenken und Nachbohren anregen.

Also: Sicherheitsgurt festzurren. Wir heben ab mit dem Flug GENZ08!

Let'Z get this!

Felicia – Chefredakteurin GENZ

Für die Landeszentrale für politische Bildung Hamburg

INHALT

01

Editorial

04

Deutschland – ein Safer Space? „Ich will mich nie wieder verstellen müssen“
KATRIN ALBRECHT

07

Was wäre, wenn ... das Brot ausgeht? Deutschland und die Versorgung im Notfall
CHRISTOPH NIEDERKOFLER

10

Ein Container voller Ängste und Hoffnung. Hamburgs Feiermeile im Check – wie sicher ist der Kiez?
LISA KASTEN



15

„Ich bin Mensch, genauso wie du“ – Wie sicher leben Sinti*zze und Rom*nja in Deutschland?
LAURA KÖNIG

18

Rente – Was bleibt für uns übrig? Die finanzielle Sicherheit und die Lasten für unsere Generation
LENNARD MÖHNLE

21

Green Flags, Red Flags und die Frage nach der absoluten Sicherheit
SOPHIA SCHWEIZER



24

Galatasaray Hamburg: Heimat, Gemeinschaft und ein gelb-rotes Lebensgefühl
MERAL NUR KATRAN

27

Ich sage „Sicherheit“, du denkst an ...
KATINKA PAUL

31

Wehrpflicht
Einerseits – Andererseits

32

Wehrpflicht 2.0? – Einerseits
CARLOTTA SCHNEPEL

34

Ein gebrochenes Versprechen – Andererseits
EIRIK BÖTTCHER

37

„Man kann hinfallen, aber man muss auch aufstehen“: Unternehmer und Stifter Michael Otto über Verantwortung, Neugier und warum Angst kein guter Ratgeber ist
ALEX FRIELING



40

Beständigkeit im Status Quo: Das Sicherheitsgefühl in Taiwan
FELICIA HOLTkamp

45

Born2Sing – sichere Räume für BIPOC und LGBTQIA*-Künstler*innen
VIVIEN LLOYD

48

Systematisch vernachlässigt: Die Welt ist noch immer kein sicherer Ort für Frauen*
LUCY HAMMANN

52

Die Stadt Hamburg – ein sicherer Hafen?
JOHANNA VON KIRCHBACH



56

Unsere Sicherheit: Hybrid bedroht?
VEIT VOGLER

59

Zwischen Sichtbarkeit und Sicherheit: Wie sicher fühlen sich queere Menschen heute?
JOHANNA PETSCHICK

64

Team

66

Glossar

68

Impressum

LET‘Z GET @hbw!

Deutschland – ein Safer Space?

„Ich will mich nie wieder verstellen müssen“

Text: Katrin Albrecht

Illustration: Polina Jakimova

Omar* floh vor dem Bürgerkrieg in Syrien und vor der queerfeindlichen Verfolgung, die ihm dort drohte. In Deutschland fühlte er sich auf Anhieb sicher. Doch was bedeutet Sicherheit für jemanden, der so lange ohne lebte?

Wenn Omar über sein Leben in Syrien spricht, dann gibt es ein klares Davor und Danach: eine Zeit mit und ohne Sicherheit. Omar wuchs in Syrien auf. Das Davor, das war die Zeit vor 2011, seine Kindheit. Zusammen mit seinen Eltern und seinen beiden Geschwistern lebte er in der Nähe der syrischen Hauptstadt Damaskus. Hier ging er zur Schule, spielte Geige. „Meine Kindheit war schön, sie war friedlich und sicher“, erzählt er rückblickend.

Als Omar mit 16 realisierte, dass er schwul ist, verlor er dieses Gefühl der Sicherheit. In Syrien steht Queerness unter Strafe, bis zu drei Jahre kann man deswegen ins Gefängnis kommen. „Von da an konnte und durfte ich nicht mehr sein, wer ich eigentlich bin“, erzählt Omar. „Ich fing an, diese Seite von mir zu verstecken. Ich habe mich zurückgezogen und einfach sehr viel Zeit zu Hause verbracht“. Gleichzeitig wuchs in ihm der Wunsch, Syrien zu verlassen. Irgendwo zu leben, wo es mehr Perspektive für ihn gibt. Seiner Familie hat er bis heute nichts von seiner Homosexualität erzählt.

Kurz darauf, im Jahr 2011, brach in Syrien ein Bürgerkrieg aus. Fast 600.000 Menschen kamen in den ersten zehn Jahren dieses Bürgerkriegs ums Leben. „Ich habe so viele Freunde verloren. Der Tod ist überall,

irgendwann verliert er völlig seine Bedeutung.“ Während des Krieges fing Omar an, in Damaskus Betriebswirtschaftslehre zu studieren. Drei Jahre lang hielt er einen Alltag aufrecht, ging zu Vorlesungen und Seminaren – und sparte parallel Geld für seine Flucht an. „Im Krieg wusstest du nicht, vor wem du Angst haben solltest. Du hast nur noch funktioniert. Ich habe mich nicht mehr als Mensch gefühlt. Da wusste ich, ich muss aus Syrien raus.“

Sicherheit – das bedeutet für Omar vor allem, als Mensch gesehen und respektiert zu werden. Als er im Herbst 2016 mit gerade einmal 25 Jahren Syrien verließ, hatte er zunächst nicht vor, nach Deutschland zu gehen. Seine Flucht führte ihn zu Fuß und mit dem Auto, Bus, Schlauchboot und Zug über die Türkei, Griechenland, Nordmazedonien, Ungarn und Österreich nach Passau. Dort, so erzählt er, konnte er das erste Mal aufatmen: „Passau war die erste Stadt, in der ich wie ein Mensch behandelt wurde. Und nicht wie ein Tier. Da habe ich mich vom ersten Moment an sicher gefühlt, da hatte ich das erste Mal keine Angst.“

In Deutschland findet Omar ein neues Sicherheitsgefühl, das nicht gegensätzlicher zu seiner Situation in Syrien hätte sein können: Nachdem er sich



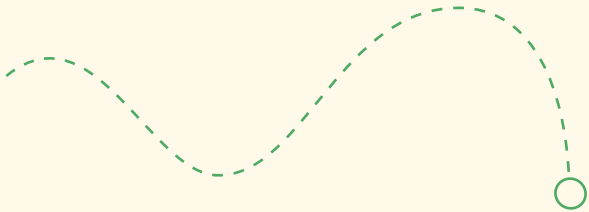
jahrelang verstellen musste, schien seine Sexualität plötzlich keine große Rolle mehr zu spielen. Anders als in Syrien drohte ihm hier keine Verfolgung, stattdessen garantierten Gesetze und Regeln seine Grundrechte. Das kam Omar einem Befreiungsschlag gleich:

„Hier hatte ich das Gefühl, ich bin was wert. Ich werde respektiert. Ich kann freier reden, freier entscheiden, freier leben“,

sagt er. Deutschland wird für ihn zum Safer Space. Grund genug, um zu bleiben.

Dass diese neu gewonnene Freiheit nicht für alle Lebensbereiche galt, musste Omar mit seinem Umzug nach Wolgast erfahren. Zwar konnte er in Deutschland nun seine Sexualität frei ausleben und war nicht mehr der Willkür des Bürgerkrieges ausgesetzt. Doch nicht jede*r freute sich über die Ankunft der fast eine Million Syrer*innen, die seit 2015 Schutz in Deutschland suchten. Eineinhalb Jahre lebte Omar in Wolgast, einer Kleinstadt in Mecklenburg-Vorpommern mit knapp 12.000 Einwohner*innen. Ausgesucht hat er sich den Ort nicht. Nach seiner Ankunft in Passau wurde er nach Wolgast in ein Flüchtlingsheim gebracht. „Wir wurden einfach dahin transportiert“, erzählt Omar. Schon 2012, mehrere Jahre vor der Flüchtlingskrise, berichteten mehrere deutsche überregionale Medien von einer asylfeindlichen Haltung in Wolgast. Bei den letzten Bundestagswahlen im Frühjahr 2025 wählten dort 52 Prozent die AfD. Mitten in diesem Klima bestritt Omar seine ersten Schritte in Deutschland, erhielt seine Aufenthaltsgenehmigung, besuchte Sprachkurse. Im Nachhinein berichtet er: „Ich wurde dort behandelt, als käme ich von einem anderen Planeten.“ Nur eine Handvoll Menschen halfen ihm und seinen Freunden, sich einzufinden.

Neue Hoffnung schöpfte Omar, nachdem er im Sommer 2018 – knapp zwei Jahre nach seiner Ankunft in Deutschland – das erste Mal in eine deutsche Großstadt fuhr. Eigentlich hatte er in Hannover nur einen Freund besuchen wollen, aber die kulturelle Vielfalt und die Masse an Menschen überraschten ihn. Auf einmal fiel er mit seinem Aussehen nicht mehr auf, er war einer von vielen. Hier wurde nicht nur seine Sexualität, sondern auch seine Herkunft akzeptiert. Omar beschloss, nach Hannover zu ziehen. Er fand einen Job, eine Wohnung und nach und nach auch Freund*innen, die so waren wie er. Inzwischen arbeitet er hauptberuflich in einer Kaffeerösterei. „Ich habe mich in Deutschland im Großen und Ganzen immer sicher gefühlt“, erzählt Omar. „Aber es gibt auch ein Aber.“ Eines, das sich über die letzten Jahre immer mehr in seinen Alltag eingeschlichen hat: Die politischen Entwicklungen bereiten dem 31-Jährigen große Sorgen. Im Jahr 2024 gab es laut dem Bundeskriminalamt 18 Prozent mehr Übergriffe auf queere Menschen als noch im Vorjahr. Dass die Offenheit gegenüber



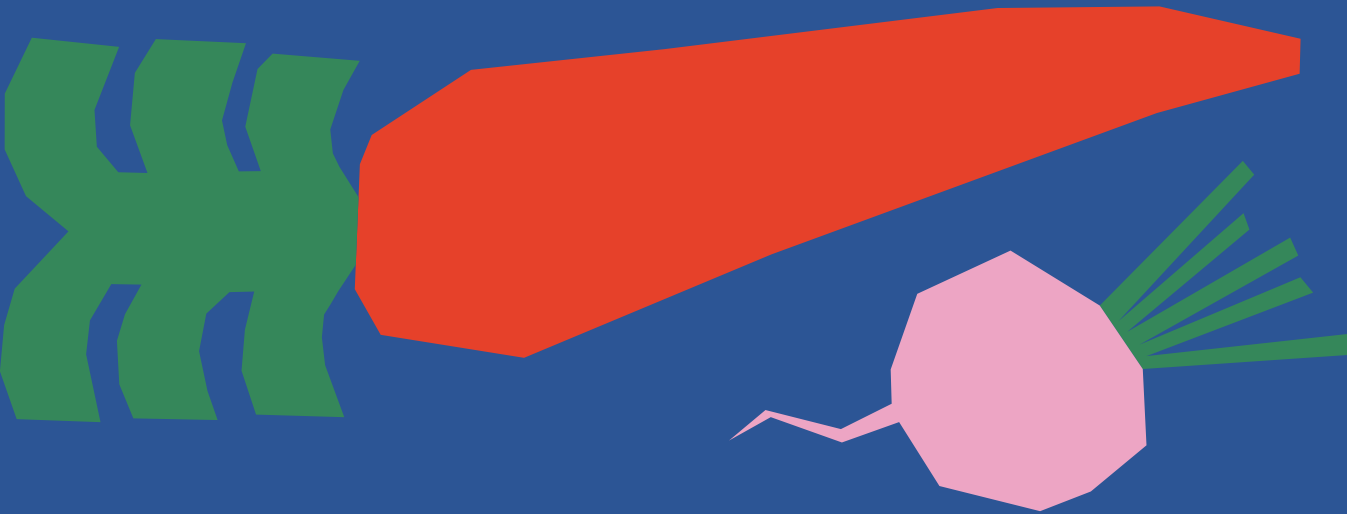
allem, was vermeintlich anders ist, sinkt, beeinflusst sein Sicherheitsgefühl. In seinem Alltag bewegt er sich deswegen vorsichtiger. Auf Arbeit muss er erleben, wie Kolleg*innen in seiner Umgebung queerefeindliche Schimpfwörter verwenden. Auch dass deutsche Politiker*innen sich weigern, die Regenbogenflagge zum Christopher Street Day am Bundestag zu hissen, macht ihm Angst. Was, wenn queere Rechte – die ihm in seiner Anfangszeit in Deutschland so viel Sicherheit geboten haben – in Zukunft eingeschränkt werden? „Ich will mich nicht wieder verstecken oder verstellen müssen.“ Viel feindlicher und aggressiver empfindet er aber die Stimmung gegenüber Ausländer*innen. Manche Kund*innen wollten sich von ihm nicht bedienen lassen, stellten seine Sprachkenntnisse schon vor dem Gespräch infrage. In bestimmte Stadtteile in Hannover fährt er nicht mehr allein, zu unberechenbar seien manche Menschen geworden. Wie ernst die Lage inzwischen tatsächlich ist, wurde ihm jedoch erst vor wenigen Wochen klar: Im Zug schlugen ihm zwei betrunkenen Männer mit einer Wasserflasche auf den Kopf und beschimpften ihn als „Scheiß-Ausländer“. Ein bleibender Einschnitt in Omars Sicherheitsempfinden. Auf eine Anzeige verzichtete er trotzdem. Er wolle keinen Stress – zu groß die Angst, es könnte seine Einbürgerung negativ beeinflussen, auf die er schon so lange wartet.

Omar lässt sich trotzdem nicht unterkriegen: Der sinkende Respekt gegenüber Ausländer*innen beeinträchtigt zwar sein alltägliches Gefühl von Sicherheit. „Aber ich habe Menschen in meinem Leben, durch die ich mich sicher fühle und denen ich vertraue.“ Er findet zudem viel Zuversicht in seinem neu gewonnenen Selbstbewusstsein – etwas, dass er in Syrien nicht hatte: „Deutschland hat mir die Sicherheit gegeben, dass ich sein kann, wie ich bin. Ich muss mich hier nicht verstellen. Das habe ich hier gelernt.“ Sobald er seinen deutschen Pass in den Händen hält, wird Omar sich noch sicherer fühlen. Dann kann ihm erstmal niemand mehr absprechen, was für ihn schon lange sicher ist: dass er hierher gehört.



Name liegt der Redaktion vor





„Was mache ich jetzt?“

Es war ein Donnerstagvormittag, die Sonne schien über Wien, draußen war es klirrend kalt. Man wäre fast schon geneigt, von einem normalen Tag in meinem Studentenleben zu sprechen – doch damals war die Welt alles andere als normal. An das Stück Stoff, das die untere Hälfte meines Gesichts bedeckte, musste ich mich noch gewöhnen, zu den anderen Kund*innen im Supermarkt hielt ich auch ohne gesetzliche Verordnungen einen großzügigen Sicherheitsabstand. Es war März 2020, Corona hatte die Welt in seinem ersten Würgegriff. Und ich stand vor dem leeren Nudelregal.

„Also hatte sie doch Recht.“ Meine Mutter hatte es mir prophezeit: Nudeln, Pesto, Klopapier – wenn ich in solchen Zeiten bei meinem Einkauf nicht ein paar Tage vorausplane, sieht es mager aus. Die Hamsterkäufe hatte ich völlig unterschätzt, meine Vorräte zu Hause reichten für ein oder maximal zwei Tage. Zu befürchten hatte ich aber nichts: In der Zwischenzeit würden die Regale wieder aufgefüllt werden, ein richtiger Engpass war kein Thema.

Mit mehreren Jahren Abstand, in denen ich in dieser Hinsicht zugegebenermaßen nichts dazugelernt habe, frage ich mich: Was wäre, wenn die Regale dauerhaft leer blieben? Extreme Wetterlagen, die Klimakrise und Kriege bedrohen die Lebensmittelversorgung weltweit. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine verdeutlicht, wie nahe vereinzelte Länder am kritischen Ausnahmezustand sind. Und damit ist tatsächlich nicht die Ukraine selbst gemeint.

Die Kornkammer Europas – so lautet ihr Beiname aufgrund ihrer ertragreichen und fruchtbaren Böden – zählt zu den weltweit wichtigsten Exporteuren von Agrarprodukten. Vor dem Krieg entfielen 50 Prozent der globalen Ausfuhren von Sonnenblumenöl auf die osteuropäische Republik, bei Gerste (18 Prozent), Mais (16 Prozent) und Weizen (12 Prozent) zählte sie ebenso zu den Spitzenreitern. Oder mit den Worten des Rats der Europäischen Union: „Die Aufrechterhaltung der ukrainischen Getreidelieferungen ist für die weltweite Ernährungssicherheit nach wie vor von entscheidender Bedeutung.“ Selbst zwei Jahre nach dem Kriegausbruch stemmte die Ukraine noch 9,7 Prozent der Exporte in die Welt – doch die vermeintliche Stabilität ist ein Drahtseilakt.

Sobald der erste dystopische Dominostein fällt, zeigt sich, wie verletzlich moderne Gesellschaften wirklich sind. Auch Deutschland musste Antworten auf diese Fragi-

lität finden: Was tun, wenn die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln aus anderen Ländern plötzlich einbricht? Wenn schlichtweg das Brot ausgeht?

Die Bundesrepublik hat vorgesorgt. Durch eingelagerte Nahrungsreserven in über 150 geheimen Standorten in ganz Deutschland sieht sich die Regierung für den Krisenfall gewappnet. „Momentan werden im Rahmen der Zivilen Notfallreserve und der Bundesreserve für Getreide Weizen, Roggen, Hafer, Reis, Linsen und Erbsen sowie Kondensmilch gelagert“, erklärte ein Sprecher des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) gegenüber GENZ. „Der Umfang der eingelagerten landwirtschaftlichen Rohprodukte entspricht der Menge, mit der die Bevölkerung Deutschlands etwa 30 Tage grundversorgt werden kann.“

Zur Referenz: Laut einem Bericht des Online-Portals agrarheute befanden sich in diesen Lagern im Dezember 2021 rund 582.000 Tonnen Weichweizen, 56.000 Tonnen Hafer und 67.000 Tonnen Roggen. Dazu kommen etwa 126.000 Tonnen Reis und Hülsenfrüchte sowie 5.000 Tonnen Kondensmilch. Damit die Notvorräte angezapft werden dürfen, müssen zunächst aber einige Anforderungen erfüllt werden. „Bei friedenszeitlichen Versorgungskrisen in Deutschland sind nach dem Grundgesetz zunächst die Bundesländer für die Bewältigung einer großflächigen Krisenlage zuständig“, erläuterte die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) auf Nachfrage.

Ein Beispiel: Ein Blackout legt Hamburg lahm. Der Hafen, der gemeinhin als Lebensader der Hansestadt gilt, verstummt. Kräne stehen still, Container stauen sich, Logistikzentren und Kühlketten brechen zusammen. Binnen Stunden wird die Versorgung mit Lebensmitteln zur Mammutaufgabe. Die richtige Lagerung von Obst, Gemüse, Milchprodukten sowie Getreide ist ohne die durch Strom gewährte Durchlüftung und Klimatisierung nicht mehr gewährleistet. Die Vorräte neigen sich dem Ende zu – was dann? „Erst wenn deren Kapazitäten und Möglichkeiten nicht mehr ausreichen und die Lage ohne hoheitliche Eingriffe in den Markt nicht zu regulieren ist, werden die Länder den Bund um Hilfe bitten“, führte das BLE mit Blick auf das Protokoll aus. Hamburg übermittelt demnach ein Hilfeersuchen und gibt an, welche Mengen an Nahrungsmitteln an welchen Orten benötigt werden. Den Transport und die eventuell notwendige Weiterverarbeitung

der Produkte – Korn zu Mehl und Mehl zu Brot – muss das Bundesland selbst übernehmen. Um Plünderungen in solchen Zeiten der Not zu vermeiden, bleiben die Standorte der Lager selbstverständlich streng geheim.

Nun wirft das Blackout-Szenario die berechnigte Frage auf: Wie sollen die Produkte verarbeitet werden, wenn der Strom fehlt? An einer Lösung für dieses Problem wird bereits gefeilt. „Vor dem Hintergrund zunehmend unsicherer Zeiten hat Bundesminister [für Ernährung und Landwirtschaft] Alois Rainer vorgeschlagen, die bisherige staatliche Lagerung landwirtschaftlicher Rohprodukte durch eine Lagerung direkt verzehrbare Fertigprodukte zu ergänzen, zum Beispiel fertige Dosengerichte“, so der Sprecher des BMLEH. „So könnten Versorgungsengpässe, etwa ausgelöst durch militärische Krisen oder hybride Angriffe, besser überbrückt werden. Schließlich kann in solchen Fällen nicht selbstverständlich davon ausgegangen werden, dass die Strom- und Energieversorgung fehlerfrei funktioniert. Damit gäbe es ein zusätzliches Sicherheitsnetz für die Bevölkerung.“

Es ist ein Upgrade einer Vorbereitung für den Ernstfall, deren Geschichte bereits Jahrzehnte zurückreicht. Bereits seit den 1960er-Jahren gibt es staatliche Lagerbestände für etwa Getreide oder Dosenmilch. Die Bundesreserve für Getreide geht in ihrer heutigen Form auf das Jahr 1978 zurück und wurde im Zuge einer Empfehlung der North Atlantic Treaty Organization (NATO) aufgebaut. Laut Prognosen des Bündnisses hätte damals die Versorgung aus Übersee im Verteidigungsfall erst nach drei Monaten wieder komplett aufgenommen werden können. Dieser Zeitraum sollte mit staatseigenen Reserven überbrückt werden. Seit ihrer Einrichtung musste aber noch nie auf die Bundesreserve zurückgegriffen werden. In Zeiten, in welchen die NATO an ihren Grenzen zu Russland und Belarus gefordert ist, scheint das Szenario jedoch erneut äußerst greifbar zu sein.

Die anfallenden Kosten dieser Krisenversorgung (Lagerung, Wartung, Verwaltung etc.) trägt dabei der Bund. Werden die gesamten Ausgaben auf die Bevölkerung umgelegt, werden 30 Cent pro Einwohner und Jahr fällig, so das BMLEH. Doch wie fest sitzt Deutschland angesichts von

externen Einflüssen im Sattel? Aufschluss darüber könnte der Selbstversorgungsgrad geben.

Im Wirtschaftsjahr 2023/24 betrug der Inlandsverbrauch von Getreide rund 40,9 Millionen Tonnen. Davon wurden 21 Millionen für Futtermittel verwendet, Energie (5,6 Mio.) und die Industrie (3,2 Mio.) machten ebenso einen beträchtlichen Teil der Verarbeitung aus. Für Nahrungszwecke – beispielsweise für die Brotherstellung – wurden hingegen „nur“ 8,7 Millionen Tonnen benötigt. Der Selbstversorgungsgrad von Weichweizen (Backwaren) lag bei 118 Prozent, der von Gerste bei 132 Prozent. Bei Hartweizen, der vor allem für die Herstellung von Nudeln verwendet wird, kann der inländische Bedarf nur zu 19 Prozent gedeckt werden. Grundsätzlich produziert Deutschland also genügend Getreide für seine eigenen Bedürfnisse. Trotzdem ist die Bundesreserve notwendig, weil im Krisenfall Transport, Verteilung oder Verarbeitung zusammenbrechen können – wie beim zuvor ausgemalten Blackout in Hamburg.

Zur Vorbereitung auf einen solchen Notfall empfiehlt die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung übrigens einen hauseigenen Grundnahrungsmittelvorrat. So errechnete das BLE in zwei Tabellen den durchschnittlichen Bedarf einer Person für zehn Tage, sowohl bei vegetarischer als auch bei Mischkost. Brot, Kartoffeln, Spargel, Pilze, Aprikosen, Thunfisch, Eier, Bockwurstchen – kulinarische Vielfalt für die Krise. Und eine Auswahl, von der ich an jenem Donnerstagvormittag im März 2020 nur träumen konnte.



EIN VOLLER CONTAINER

Text: Lisa Kasten

Hamburgs Feiermeile
im Check – wie sicher
ist der Kiez?

Bis zu 50.000 Besucher*innen täglich, ca. 30 Millionen sind es pro Jahr. Hunderte Möglichkeiten zum Ausgehen und Tausende Geschichten jeden Abend aufs Neue. Einige erzählen vom Kennenlernen der großen Liebe bis hin zur betrunkenen Buchung des spontanen Urlaubs beim Reisebüro L'Tur – wer stellt auch ein Reisebüro inmitten von Clubs und Bars auf? Junggesellenabschiede, Party-Tourist*innen, Einheimische, Musikfans, Student*innen und die Polizei. Auf der Hamburger Reeperbahn treffen Welten aufeinander. In der Dunkelheit der Nacht wird der Kiez mit seinen leuchtenden Lichtern, seinem durchmischten Publikum und seiner Vielzahl an Clubs und Bars zu einem echten urbanen Phänomen – und die Generation Z ist mittendrin. Das Besondere am Ausgehen in Hamburg: Hier liegen nicht ein, zwei gute Clubs beieinander – es gibt eine ganze Meile.

UND ÄNGSTE HOFFNUNG

Mit der Reeperbahn wird oft ein ganz eigenes Gefühl verbunden, und nicht immer ein gutes. Denn neben den witzigen Geschichten gibt es auch andere Berichte, über unangemessene Sprüche, Pöbeleien, Belästigung bis hin zu gewaltvollen Auseinandersetzungen. Befragt man die Generation Z in Hamburg, häufen sich die negativen Erfahrungen auf dem Kiez:

„Ich fühle mich häufig etwas unwohl, wenn man nachts auf die Bahn wartet, und am Bahnsteig stehen alkoholisierte Menschen und pöbeln.“
(23 Jahre)

„Ich war mit Freunden auf dem Weg zu einem Club, als plötzlich von hinten ein Mann seinen Arm um mich gelegt hat. Obwohl ich ihn weggedrückt habe, habe ich es ohne die Hilfe von meinen Freunden nicht geschafft, aus seinem Griff zu entkommen.“
(21 Jahre)

„Es kam zu homophoben Beleidigungen und Angriffen mir und meinem Partner gegenüber.“
(21 Jahre)

WTF ST. PAULI?

Wenn man sich in solch einer Situation wiederfindet, dann ist die Davidwache auf der Reeperbahn oft der erste Ort, an den man sich wendet. Die erfassten Straftaten im Stadtteil St. Pauli bleiben auf einem hohen Niveau. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der erfassten Delikte im Bereich der Gewaltkriminalität laut der polizeilichen Kriminalstatistik 2024 noch einmal um sieben Prozent gestiegen. Das bedeutet konkret: 604 Taten mehr als im Vorjahr – und diese erfolgten überwiegend in den Stadtteilen St. Pauli und St. Georg. Im vergangenen Jahr wurden in St. Pauli mehr als 1.400 Fälle im Bereich der Gewaltkriminalität erfasst. Dazu kommen ca. 6.000 Fälle von Diebstahl und fast 3.000 Fälle von Körperverletzung. Zum Vergleich: In Eppendorf verzeichnet man für das vergangene Jahr nur etwa 2.000 Straftaten insgesamt. In der Sternschanze waren es noch weniger.

Die hohen Zahlen in St. Pauli spiegeln allerdings auch die starke polizeiliche Präsenz und das schnelle Einschreiten der Einsatzkräfte wider. Einmal eine Glasflasche vergessen wegzustellen – schon wird man angesprochen. Jeden Freitagabend ab 22:00 Uhr bis Montagmorgen um 6:00 Uhr ist das Mitführen und Verkaufen von Glasflaschen in einer Zone rund um die Reeperbahn verboten, um zu verhindern, dass diese als Waffen eingesetzt werden. Ein Verstoß kann bis zu 5.000 Euro teuer werden. Zudem gilt auf dem Kiez ein generelles Waffenverbot. Laut der Presseforderungen auf der Feiermeile angepasst, unter anderem durch eine entsprechende Zahl von Einsatzkräften am Wochenende oder bei besonderen Ereignissen und Events.

Die Davidwache in Alarmbereitschaft – aber reicht das?

Neben der hohen Zahl an erfassten Delikten mag auch die Dunkelziffer von nicht erfassten Straftaten und Belästigungen auf der Reeperbahn enorm sein. Doch viele Betroffene verzichten auf eine Meldung oder Anzeige. Sie haben keine Beweise, schämen sich und wissen gar nicht, wo sie Hilfe finden können. Aber Belästigung und Gewalt muss man nicht einfach hinnehmen – auch nicht auf der Reeperbahn. Ein gläserner Container soll nun den nötigen Raum bieten, Erfahrungen zu teilen, die Problematik sichtbar zu machen und den Kiez ein Stück sicherer zu gestalten.

Zwischen Neonlicht und Nachtleben: Safer Space für alle

Mitten auf dem Reeperbahnfestival im Sommer 2025 steht das viereckige Pilotprojekt des Clubkombinats e. V. Der Interessenverband besteht aus Clubbetreiber*innen, Veranstalter*innen, Booker*innen und Agenturen. Gemeinsam setzen sie sich für Vielseitigkeit und Einzigartigkeit in der Musik- und Kulturszene ein. Eins der Herzensthemen des Zusammenschlusses: Sicherheit im Nachtleben. Während in der Vergangenheit vor allem die Sicherheit in den Clubs im Fokus stand, rückte mit dem neuen Projekt die Sicherheit im öffentlichen Raum rund um die Partymeile in den Fokus. In dem gemütlich eingerichteten Container aus Glas gibt es zahlreiche Broschüren mit Beratungsinformationen und Hilfeleistungen bei Belästigungen jeglicher Art. Der Verein hält ein kleines Team bereit für alle, die während ihres Besuchs des Reeperbahnfestivals zu ihnen kommen und reden möchten, Erfahrungen teilen wollen, Hilfe suchen oder nur kurz einen ruhigen Ort brauchen. Auf dem Container steht in großen Buchstaben: wtf – was für *what the fear* steht. Dieser kleine Ort dient aber nicht nur als Safer Space auf dem Festival. Es handelt sich um eine Meldestelle von Erfahrungen mit Gewalt und Diskriminierung im öffentlichen Raum rund um die Reeperbahn. Anonym können Betroffene hier ihre Erfahrungen teilen, welche dann dokumentiert werden. Anschließend kommt es zu einer Kategorisierung und später zu einer qualitativen und quantitativen Analyse. Das Projekt will herausfinden, welche Gewalt- und Diskriminierungsformen im Nachtleben rund um die Reeperbahn stattfinden und wie wirksame Schutzmaßnahmen aussehen

könnten. Die Teamkoordination des Projekts wtf – *what the fear* liegt bei Kim Winterhalter. Die 32-Jährige arbeitet selbst in einem Club nahe der Reeperbahn und setzt sich jetzt dafür ein, den öffentlichen Raum sicherer zu machen – und zwar für alle. „Nur weil hier viel passiert und wenig Platz ist, um darüber zu sprechen, was passiert ist, heißt das nicht, dass man das runterschlucken muss und damit allein sein muss“, sagt Kim. „Wir wollen die Gesellschaft dafür ein Stück weit sensibilisieren. Deshalb sind wir hier so sichtbar und haben so einen aufmerksamkeits-schaffenden Namen, um überhaupt mal darüber zu sprechen.“ Viele Personen wissen laut Kim gar nicht, was allein ein doofer Spruch auslösen kann. Mehr Sensibilität führt dann im besten Fall zu mehr Solidarität und Zivilcourage beim Feiern gehen. Aber die Verantwortung für mehr Sicherheit liegt laut Kim nicht nur bei den Menschen, die den öffentlichen Raum besuchen, sondern müsse von verschiedenen Akteur*innen übernommen werden. „Wir sind alle zusammen da und können uns zusammen stärken“, schließlich sei die Reeperbahn ein öffentlicher Ort, den wir zusammen gestalten könnten. Zwar stelle die besondere Situation auf der Reeperbahn eine Herausforderung für die Sicherheit dar, zugleich biete sie nach Ansicht von Kim aber auch die Möglichkeit, den Raum aktiv sicherer zu gestalten. Das Pilotprojekt versucht herauszufinden, wie das konkret aussehen könnte. „Im ersten Schritt wollen wir ein grobes Bild fassen, was hier alles existiert. Das Ziel ist es, ein Gewaltschutzkonzept für die Reeperbahn und rund um die Reeperbahn zu schreiben.“

Sicher feiern, sicher heimkommen – aber wie?

Gestartet ist das Projekt wtf – *what the fear* am 19. Juni 2025 auf dem Spielbudenplatz mitten in St. Pauli. Bis zum 3. August stand der Container dort – für das Reeperbahnfestival im September ist er zurückgekehrt. Anfang Oktober haben Kim und ihr Team mit den offiziellen Auswertungen begonnen. Laut Kim zeigen erste Sichtungen der Ergebnisse des Projekts bereits Tendenzen für mögliche Schutzmaßnahmen: „Es wird sich viel dafür ausgesprochen, dass es eine explizite, betreute Anlaufstelle für Betroffene geben sollte. Dort könnte man Unterstützung erhalten, die so nicht bei der Polizei oder in den Clubs zu finden ist.“ Kim persönlich ist auch sehr inspiriert von dem Konzept der Awareness-Teams der AwA* in Wien. Dort fahren mobile Teams auf Lastenrädern mit beleuchteter Fahne stark frequentierte Orte ab und sind telefonisch am Wochenende oder in den Nächten erreichbar. Etwas Vergleichbares hielte sie für den öffentlichen Raum rund um die Reeperbahn für sinnvoll. Insgesamt wünscht sie sich, dass Hilfe da ist, wenn Grenzverletzungen stattfinden. In den Clubs passiert das schon teils, doch im öffentlichen Raum sei die Unterstützungen noch ausbaufähig. Kim glaubt aber fest daran: Mehr Sicherheit auf dem Kiez ist möglich.

Das erste Fazit der Auswertung steht bereits: Das Projekt wurde gut angenommen. Kim betont: „Wir sind sehr zufrieden mit der Pilotphase.“ Weitere Ergebnisse werden auf Instagram und auf der Website des Projekts und des Clubkombinats in naher Zukunft folgen.

Verschwinden wollen Kim, ihr Team und ihre gläsernen vier Wände auch in Zukunft nicht. Bis der Container aber wieder aufgebaut wird, können Vorfälle auch online über die digitale Meldestelle gemeldet werden. Diese findet ihr unter: <https://wtf-stpauli.org/meldestelle/>

* Feiern in Hamburg – so wird der Abend ein Stück sicherer

Nummer gegen Angst: Der hvv bietet ein Begleittelfon an, damit sich Fahrgäste auf dem Heimweg sicherer fühlen. Die geschulten ehrenamtlichen Gesprächspartner*innen auf der anderen Seite des Telefons sind kostenlos erreichbar unter der Nummer 0800 / 4648 4648. Besetzt ist das Telefon sonntags bis donnerstags von 21:00 Uhr bis Mitternacht sowie freitags und sonnabends von 21:00 Uhr bis 3:00 Uhr morgens.

Mit den Öffis bis vor die Tür: Seit dem 15. April 2025 können Fahrgäste ab 21:00 Uhr in Abstimmung mit dem Fahrpersonal auch zwischen Bushaltestellen aussteigen. Einfach den/die Busfahrer*in höflich bitten, etwas früher oder später zu halten.

„Ist Luisa da?“: Wenn ihr diese Frage an der Bar im Club stellt, dann weiß das Clubpersonal, was Sache ist. Die Sicherheitsfrage dient dazu, dass insbesondere Frauen bei Belästigung oder einem unguten Gefühl diskret Hilfe bekommen. In vielen Bars und Lokalen ist das Codewort bekannt.



„Ich bin Mensch, genauso wie du“ *Wie sicher leben Sinti*zze und Rom*nja in Deutschland?*

Text: Laura König

Ein kalter Februartag auf dem Friedhof Diebsteich im Stadtteil Altona. Von Frieden und Ruhe ist hier keine Spur mehr, die Nacht hat ein Bild der Verwüstung hinterlassen. „Die Gräber wurden beschädigt, die haben versucht die Platten anzuheben und sogar die Gruften zu öffnen“, erinnert sich Gina Knudsen. Als die 16-Jährige von der Grabschändung erfuhr, ist sie hingefahren.

„Ich war schockiert. Ich verstehe gar nicht, wie man so etwas tun kann“. Die Gräber gehören Angehörigen ihrer Gemeinschaft, darunter auch Überlebende des Porajmos, dem Völkermord durch das deutsche NS-Regime an den europäischen Sinti*zze und Rom*nja.

„Kann ich mich jetzt überhaupt noch sicher fühlen?“, fragt sich der 18-jährige Jan-Joshua Kwiek. Seine Familie hat sowohl deutsche als auch polnische sowie sowohl Sinti*zze als auch Rom*nja-Wurzeln. Gina Knudsen ist Rom*nja. Beide sind in Hamburg aufgewachsen. Sie gehören damit zu den etwa 70.000 Sinti*zze und Rom*nja mit deutscher Staatsbürgerschaft. Ihre Vorfahr*innen stammen ursprünglich aus dem heutigen Pakistan. Ab dem 8. bis 10. Jahrhundert migrierten sie nach Europa. Der Grund waren Kriege, Verfolgung und Vertreibung.

Seit mehr als 600 Jahren leben Sinti*zze und Rom*nja in Deutschland und stellen heute die größte Minderheit in Europa dar. Trotzdem gehören Vorurteile, Ausgrenzung und Diskriminierung immer noch zu ihrem Alltag. 1.678 Fälle von Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffen bis hin zu Fällen von extremer Gewalt gingen 2024 bei der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) ein. „Das ist eine Steigerung von etwa 40 Prozent zum Vorjahr“, erklärt Alexander Cramer, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei MIA. Die Fachstelle dokumentiert seit 2022 antiziganistische Vorfälle in Deutschland. Die Zunahme an Vorfällen zeige, dass MIA als Meldestelle bekannter geworden ist, es stehe aber auch für „ein sich verschärfendes gesellschaftliches Klima“, sagt Cramer.

Gina Knudsen erlebt dieses feindliche Klima alltäglich. Vor Kurzem war die 16-Jährige mit ihrer jüngeren Cousine in der Hamburger Innenstadt zum Shoppen unterwegs. Eine fremde Frau erkennt Gina

Knudsen, sie hat wohl eine Rede von ihr im Internet gesehen. „Sie hat angefangen mich zu beleidigen“, erzählt sie. Manchmal sucht sie in solchen Situationen das Gespräch, manchmal ist sie einfach nur sprachlos. „Mir haben schon Leute gesagt: ‚Am besten zurück ins KZ und vergasen‘. Da steht man nur noch da, man hat keine Worte mehr dafür.“

Die Nationalsozialisten entmenslichten Sinti*zze und Rom*nja, wie jüdische Menschen als sogenannte „artfremde Rasse“. Bereits kurz nach 1933 begannen sie mit der Verfolgung, Entrechtung und Zwangssterilisierung von Sinti*zze und Rom*nja. Eine größere Gruppe wurde zum ersten Mal 1938 aus rassistischen Gründen verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Mit Kriegsbeginn weitete das NS-Regime die „Rassenpolitik“ auf die von Deutschland besetzten Staaten aus. 1942 ordnete Heinrich Himmler die Deportation von Sinti*zze und Rom*nja in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau an (encyclopaedia-gsr.eu/chronologie). Schätzungsweise 500.000 Menschen wurden europaweit ermordet. Die wenigen Überlebenden wurden zunächst nicht als Opfer anerkannt, bekamen keine Entschädigung und wurden auch weiterhin ausgegrenzt. Erst durch Widerstand der Bürgerrechtsbewegung mit Märschen, Blockaden und sogar Hungerstreiks wurde 1982 das Verbrechen an den Sinti*zze und Rom*nja als Völkermord anerkannt.

„Viele ältere Menschen haben Angst, dass das nochmal passiert“, sagt Jan-Joshua Kwiek. „Damals hat es genauso angefangen: mit Kindern, die auf der Straße angemacht worden sind. Heute trauen sich Eltern in manchen Vierteln Hamburgs nicht mehr, ihre Kinder draußen spielen zu lassen. Sie wissen, dort sind Nachbarn, die ihnen den Ball abnehmen und sie mit ‚Scheiß Z*****‘ beschimpfen.“

Z***** ist eine abwertende Fremdbezeichnung. Sinti*zze und Rom*nja haben sich selbst nie so genannt und die meisten Angehörigen lehnen den Begriff als rassistisch ab, weshalb sie oft nur vom Z-Wort sprechen. Doch auch Gleichaltrige nehmen das Wort unbedarft in den Mund, erzählt Kwiek. „Was oft nur als Gag gemeint ist, ist für uns total negativ“. Antiziganistische Äußerungen wie das

„Ich bin es satt, mich immer erklären zu müssen, für das, was ich bin“

Z-Wort waren 2024 die häufigste Vorfallart laut MIA-Bericht. Antiziganismus bezeichnet Äußerungen und Handlungen, die Sinti*zze und Rom*nja diskriminieren. Fast ein Viertel aller dokumentierten Fälle betrafen dabei staatliche Institutionen. Besonders gravierend sei die Lage bei der Polizei. „Diejenigen, die uns eigentlich schützen sollten, verhalten sich selbst antiziganistisch“, meint V. Berisha, die hier nicht ihren vollen Namen nennen möchte. Mit 19 Jahren machte die Romni eine Ausbildung bei der Stadt Hamburg, eine Station war das Landeskriminalamt. Ihr damaliger Ausbilder sprach in einem Seminar vor angehenden Polizist*innen über die „Z-Mädels“ an der Alster, wie sie angeblich aussehen und wie kriminell sie vorgehen würden, „immer mit viel Sarkasmus und Ironie“, erzählt Berisha. „Das war schockierend für mich“.

„So vertiefen sich Stereotype, die sich dann auf die Straße in den Einsatz tragen und damit direkte Auswirkungen haben“, erklärt MIA-Mitarbeiter Cramer. Junge Menschen würden etwa wegen Nichtigkeiten von der Polizei angehalten. Das erlebt auch Jan-Joshua Kwiek, er zögert, sich bei Problemen an die Polizei zu wenden. „Am Ende wird es so gedreht, dass ich mitschuldig bin. Bei der Polizei fühle ich mich nicht sicher“, sagt er.

Interne Beschwerden beim Personalrat würden meist ins Leere laufen, so war es auch in Berishas Fall. Deshalb bräuchte es laut MIA externe Beschwerdestellen für Polizei und Verwaltung mit verpflichtenden Schulungen. Hier ist vor allem die Politik gefragt. Seit 2022 gibt es einen Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus, aktuell ist das CDU-Politiker Michael Brand. Ein guter erster Schritt, meint Cramer. Denn besonders in der Bildung sei der Handlungsbedarf groß.

Gina Knudsen geht in die 11. Klasse. Wenn sie ihr Geschichtsbuch aufschlägt, sei das voller Vorurteile. Ein halbes Jahr haben sie sich mit dem Holocaust beschäftigt,

doch nur mit einem Halbsatz erwähnte ihre Geschichtslehrerin den Völkermord an den Sinti*zze und Rom*nja. „Es sollte fest im Unterrichtsplan stehen, dass auch Aufklärungsarbeit über uns geschieht. Auch wir müssen zum Thema werden“, findet sie.

Denn auch in der Schule erleben Kinder und Jugendliche Antiziganismus – von Mitschüler*innen und Lehrkräften. Mobbing und gewalttätige Übergriffe treten hier laut MIA-Bericht besonders häufig auf. In den meisten Fällen blieb die Schulleitung untätig oder gab sogar den Opfern die Schuld. Jungen Sinti*zze und Rom*nja wird zudem abgesprochen, sich für Bildung zu interessieren. Gegenüber einem Rom-Jungen behauptete eine Lehrerin, er sei „dumm geboren“ und er werde „auch dumm sterben“ – einer von vielen Vorfällen, die bei MIA gemeldet wurden. Vorurteile wie diese schlagen sich dann in systematischer Benachteiligung nieder: Sinti*zze und Rom*nja wird etwa ein Kitaplatz verweigert oder sie werden ungerechtfertigt auf Förderschulen verwiesen.

Die 24-jährige Berisha arbeitet als pädagogische Referentin bei der Jugendorganisation Amora Drom, dort begegnen ihr Jugendliche, die gar nicht mehr in die Schule gehen wollen. Und das hat Folgen: In Europa sind Sinti*zze und Rom*nja stärker armutsgefährdet. 2022 lebten 80 Prozent der befragten Rom*nja in Europa in Armut, der EU-Durchschnitt liegt bei 17 Prozent.

Gina Knudsen hat selbst lange verschwiegen, dass sie eine Romni ist, aus Angst vor den Konsequenzen. Vor zwei Jahren hat sie sich dann „geoutet“, wie sie sagt. Sie will ihre Identität nicht mehr verstecken. „Ich wünsche

mir Freiheit. Ich möchte nicht mehr darüber nachdenken müssen: Kann ich hier unsere Sprache sprechen? Was passiert, wenn ich unsere Musik anmache?“. Ohne Angst, ohne Vorurteile ihre Kultur frei ausleben zu können, auch das bedeutet Sicherheit für sie.

„Ich bin es satt, mich immer erklären zu müssen, für das, was ich bin“, findet auch Jan-Joshua Kwiek. Beide haben sich Aufklärung deshalb zur Aufgabe gemacht. Sie sprechen in Schulen und auf Bühnen über ihre Lebensrealität und Familiengeschichten. „Es ist wichtig, dass vor allem die Jugend erfährt, wer wir sind“, findet Kwiek. Denn nur so können Stereotype aus den Köpfen verschwinden.

Pädagogin Berisha kann das nur bestätigen. „Wenn ich vor Klassen stehe, sage ich immer: „Ihr könnt nichts dafür, dass ihr so ein Schubladen-Denken habt, das ist menschlich und nicht schlimm. Schlimm ist aber, wenn ihr nichts dagegen macht“. Immer mehr Menschen, die selbst nicht der Minderheit der Sinti*zze und Rom*nja angehören, melden Vorfälle von Antiziganismus bei MIA. Das sei wichtig, findet MIA-Mitarbeiter Cramer, denn „Antiziganismus funktioniert insbesondere dann, wenn er unwidersprochen bleibt“.

Gina Knudsen und Jan-Joshua Kwiek werden jedenfalls nicht aufhören zu widersprechen und das wünschen sie sich auch von ihren Mitmenschen, ob Lehrer*in, Freund*innen oder Fremde in der Innenstadt. Nur dann können sie sich in ihrem Heimatland wirklich sicher und endlich akzeptiert fühlen. Jan-Joshua Kwiek erzählt: „Viele fragen mich: Sinti*zze und Rom*nja, was bedeutet das? Dann antworte ich: Ich bin Mensch, genauso wie du.“



Wer Zeuge von Antiziganismus oder selbst davon betroffen ist, kann den Vorfall bei der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus melden.

Unter www.antiziganismus-melden.de oder telefonisch unter: +49 1796632954. Alle Meldungen werden anonymisiert und vertraulich behandelt.

Mehr Informationen unter: <https://encyclopaedia-gsr.eu>

Rente – WAS BLEIBT FÜR UNS ÜBRIG?

Die finanzielle Sicherheit und die Lasten für unsere Generation

Text: Lennard Möhnle

Rente! Ernsthaft, in einem GenZ-Magazin willst du uns jetzt mit dem Thema kommen? Vertrau mir, ich erläutere es: Für viele von uns ist die Rente ein weit entferntes Thema. Wir machen Pläne für die nächsten Jahre und denken eher an Karriere, Freund*innen und Reisen. Aber genau jetzt wird entschieden, wie es für uns im Alter aussehen wird. Und die Wahrheit ist: Das deutsche Rentensystem steht vor großen Problemen, die am Ende vor allem uns treffen werden. Die Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, kurz der Wirtschaftsweisen, ist Monika Schnitzer. Sie wurde in einem Interview gefragt, wie groß sie den Handlungsdruck bei der Rente auf einer Skala von 1 bis 10 einschätzen würde. Ihre Antwort: „10“.

WESHALB IST DAS PROBLEM SO GROSS? UND WESHALB BETRIFFT ES DIE JUNGE GENERATION?

Das Rentensystem in Deutschland funktioniert nach einem einfachen Prinzip: Die arbeitende Generation zahlt mit ihren Beiträgen die Renten derjenigen, die schon in Rente sind. Man spricht auch vom sogenannten Generationenvertrag.

Allerdings stehen wir nun unmittelbar vor der akuten Phase der demografischen Alterung. Die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-, 1970er-Jahre, die Baby-Boomer, umfassen 14,5 Millionen Menschen und die gehen in den nächsten Jahren in Rente. Wir haben heute eine Kindergeneration, die ungefähr nur zwei Drittel so groß ist wie die der Baby-Boomer. Da fehlen schlichtweg Beitragszahler*innen, welche die Rentenausgaben mit

ihren Abgaben decken könnten. Parallel dazu werden die Menschen immer älter. Das führt dazu, dass im Vergleich zu vor 40 Jahren die Menschen heute rund acht Jahre länger Rente beziehen. Als das Rentensystem in den 1950er-Jahren eingeführt wurde, waren es sechs Personen pro Renter*in, die Beiträge gezahlt haben. Ab 2035 ist das Verhältnis nur noch 2 zu 1, also zwei potenzielle Beitragszahler*innen pro Rentner*in.

WAS SIND DIE KONSEQUENZEN FÜR UNSERE GENERATION?

Schon heute zahlen wir hohe Sozialabgaben: Für Rente, Krankenversicherung, Pflege und Arbeitslosenversicherung sind es über 40 Prozent des Einkommens. Laut Berechnungen von Expert*innen wird dieser Wert bis 2050 auf 50 Prozent steigen. Das bedeutet, dass vom Gehalt schlichtweg immer weniger übrig bleibt. Mit anderen Worten: Wenn sich nichts ändert, zahlen wir immer mehr und bekommen am Ende trotzdem weniger Rente. Oder wie die 28-jährige Fanny im Interview mit GENZ sagt: „Ich gehe schon davon aus, dass ich später etwas aus der gesetzlichen Rente bekomme, aber aktuell plane ich lieber ohne sie. Ziemlich sicher wird es weniger sein als bei den vorherigen Generationen, und wenn man die Inflation mitrechnet, bleibt am Ende vermutlich nur ein bisschen Taschengeld übrig.“

Dieser Einschätzung würde Antje Müller, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (MdHB) von der CDU, vermutlich zustimmen. Sie sagt: „Ohne eine private Zusatzvorsorge, wird das Rentenniveau (für Menschen unter 30) sehr niedrig sein.“



„Im Grunde bestimmen die älteren Menschen in der Gesellschaft, was in der Politik passiert.“

WARUM REAGIERT DIE POLITIK BEI DIESEM THEMA NICHT?

Besonders frustrierend in der Rentendebatte ist, dass die Probleme seit Jahrzehnten bekannt sind. Schon in den 1980er-Jahren war klar, dass es ab 2020 schwierig werden würde. Aber die Politik hat kaum reagiert, und das, obwohl wir in der Rentenpolitik schon einmal weiter waren. 2007 hat die Große Koalition das Renteneintrittsalter von 65 Jahren auf 67 Jahre erhöht, um die Rentenkassen zu entlasten. Später wurde diese Entlastung, durch die Möglichkeit, mit 63 Jahren in Rente zu gehen, unterlaufen. Deshalb ist und war der Effekt der Rente mit 67 Jahren nicht so groß wie zunächst geplant.

Warum geschah dies und weshalb macht auch keine Partei ernsthaft Anstalten, das Problem zu benennen und entsprechende Lösungsvorschläge vorzulegen? Die Antwort ist offensichtlich und sehr simpel. Die Mehrheit der Wähler*innen in Deutschland ist älter. Fast 40 Prozent sind über 60 Jahre alt. Sie haben dreimal so viele Stimmen wie die Wähler*innen unter 30. Für Parteien lohnt es sich also, deren Interessen zu bedienen und nicht unsere. Der Wirtschafts- und Rentenexperte Prof. Dr. Martin Werding sagt dazu im ZDF-Interview: „Im Grunde bestimmen die älteren Menschen in der Gesellschaft, was in der Politik passiert.“

AKTUELLE ENTWICKLUNGEN: DAS RENTENPAKET DER BUNDESREGIERUNG

Das neueste Vorhaben bzgl. der Rente ist der „Gesetzesentwurf zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur vollständigen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten“ der Bundesregierung, der Anfang Dezember 2025 beschlossen wurde. Bis 2031 ist dadurch garantiert, dass die durchschnittliche Rente weiterhin bei 48 Prozent eines Durchschnittslohns liegt, wie dies seit 2019 bereits geregelt war. Dass dieses Niveau auch danach aufrechterhalten werden soll, was nur durch Zuschüsse aus Steuermitteln möglich ist, führte dabei zu einem Konflikt mit der sogenannten „Jungen Gruppe“ innerhalb der Unionsfraktion. Die Bundesregierung will mit gerade diesem Punkt den Rentner*innen die Stabilität ihrer Renten zusichern. Ungeachtet der Mehrkosten dieses Vorhabens von jährlich 15 Milliarden Euro ab 2031.

Text — Lennard Möhnle

WAS KÖNNTE MAN GEGEN DIESE SCHLECHTEN AUSSICHTEN TUN?

Andere Staaten zeigen, dass es Alternativen gibt. In den Niederlanden ist das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung gekoppelt. Und es gibt keine Möglichkeit eines vorgezogenen Ruhestandes.

In Schweden fließt ein Teil der Rente automatisch in Aktienfonds. Dadurch sind die Beiträge dort stabiler und die Renten höher. Ein Vorschlag, den es in Deutschland auch schon gab, der sich aber nicht durchsetzen konnte. In der Hamburger Bürgerschaft gibt es auch Stimmen, die an dem Vorschlag festhalten, wie zum Beispiel die der MdHB Stefanie Blaschka (CDU): „[...] Ergänzungen durch kapitalgedeckte Komponenten (sind) unerlässlich.“

In Österreich zahlen auch Beamt*innen und Selbstständige in die gleiche Kasse ein. Dadurch gibt es auch mehr Geld, das sich verteilen lässt. Dieser Vorschlag findet auch bei Hila Latifi Anklang. Sie ist ebenfalls MdHB und für die Partei Die Linke tätig. Sie sagt: „Das Hauptproblem des deutschen Rentensystems ist, dass zu wenige Menschen ausreichend einzahlen, während immer mehr Rentnerinnen und Rentner auf Leistungen angewiesen sind. Das liegt vor allem an niedrigen Löhnen, unsicheren Jobs, Teilzeit- und Minijobs sowie daran, dass viele Berufsgruppen – wie Beamt*innen oder Selbstständige – nicht in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.“

Auch Klaus Wicher, der Vorsitzende des Hamburger Sozialverbandes, teilt diese Einschätzung. Laut ihm ist der Generationenvertrag „ein zukunftsfähiges System, wenn alle (Beamt*innen, Selbstständige, Abgeordnet*innen, Arbeitnehmer*innen) in das System einzahlen. Dies würde ermöglichen, dass eine lebensstandard-sichernde Rente erworben werden kann.“

AKTIV WERDEN FÜR UNSERE ZUKUNFT

Gemeinsam ist allen Vorschlägen, dass nicht Jung gegen Alt ausgespielt werden soll. Stattdessen braucht es einen neuen Generationenvertrag, der beide Seiten berücksichtigt. Schließlich haben auch Eltern und Großeltern ein Interesse daran, dass ihre Kinder und Enkel*innen nicht finanziell überfordert und gesellschaftlich frustriert zurückbleiben.

Green Flags, Red Flags

und die Frage nach der absoluten Sicherheit

Text: Sophia Schweizer

Wir checken Red Flags, schieben in Schublade und verhandeln Grenzen – so als wäre Sicherheit kontrollierbar. Dadurch versuchen wir abzuschätzen, wie sicher wir uns in einer möglichen Beziehung fühlen könnten. Doch wie viel emotionale Sicherheit ist überhaupt möglich und ab wann wird es sogar zu viel?

Text — Sophia Schweizer

Habt ihr schon mal etwas von der Maslowschen Bedürfnispyramide gehört? Sie unterteilt menschliche Bedürfnisse in fünf Stufen, die aufeinander aufbauen: Grundbedürfnisse, Sicherheit, Soziales, Individuelles und Selbstverwirklichung. Ganz unten stehen die physiologischen Bedürfnisse. Sie sind für das menschliche Überleben notwendig, wie Sauerstoff und Wasser, aber auch eine Behausung. Sie bilden damit die Basis. Sobald diese Grundbedürfnisse erfüllt sind, strebt der Mensch im nächsten Schritt nach Sicherheit. Dazu zählt der Wunsch nach Schutz, Stabilität und Ordnung. Der Psychologe Abraham Maslow versteht darunter aber auch körperliche, seelische, finanzielle und soziale Sicherheit. Wieso unser Wunsch nach Sicherheit so groß ist, beschreibt die Psychologin Dr. Ilka Hoffmann-Bisinger so: „Viele junge Menschen aus der Gen Z sind mit Unsicherheit groß geworden. Pandemie, Klimakrise, Kriege – all das erschüttert das Sicherheitsgefühl. Viele haben ihr Abitur oder Studium während Corona gemacht und dadurch erlebt, wie unvorhersehbar das Leben sein kann. Das hinterlässt Spuren.“

Sicherheit – was heißt das überhaupt?

Tatsächlich hat Sicherheit viele verschiedene Definitionen. Denn Sicherheit gibt es in den unterschiedlichsten Bereichen: innere, nationale, gesundheitliche, psychologische, soziale,... Sicherheit. Hoffmann-Bisinger, Gründerin und Leiterin des „iska-berlin“-Instituts für systemische Kurztherapie, Beratung und Ausbildung, beschreibt Sicherheit als eine Vorhersehbarkeit, Kontrollierbarkeit und Verlässlichkeit von Dingen; aber auch Vertrauen, Schutz, Stabilität und Geborgenheit, verbindet sie mit diesem Begriff.

Sicherheit ist also längst nicht nur ein politisches oder polizeiliches Thema, sondern auch ein Gefühl, welches sich unterschiedlich beschreiben lässt. Im Alltag zeigt sie sich ganz konkret: in Freundschaften, in Familien oder in der Liebe.

Zitat Johann (22):

„Eine sichere Beziehung baut für mich vor allem auf Vertrauen. Wenn man sich auf das Gegenüber voll und ganz verlassen kann, dann ist das der Grundstein, auf dem eine gute Beziehung bauen kann. Dadurch braucht sich niemand verstellen und muss sich keine Sorgen machen, wie man wahrgenommen wird. Außerdem kann man sich auf das Gegenüber verlassen und es entsteht ein Gefühl von Geborgenheit.“

Zitat Theresa (25):

„Eine gesunde freundschaftliche Beziehung heißt für mich in erster Linie Ehrlichkeit. Ehrlichkeit auf allen Ebenen der Kommunikation. Und wenn die Freundschaft keine Belastung darstellt, sondern guttut. Also einfach gesagt, wenn man die Anwesenheit einer Person so genießt und sich in keinem Augenblick wünscht, allein oder woanders zu sein.“

Zitat Jakob (28):

„Eine gesunde Beziehung bedeutet für mich, dass man sich respektiert, ehrlich miteinander ist und sich gegenseitig unterstützt. Wichtig ist für mich, dass man man selbst sein kann und nicht (wegen der anderen Person) aufgibt, wer man ist, dennoch gemeinsam wächst. Ich brauche Vertrauen, Verlässlichkeit und offene Kommunikation, um mich sicher zu fühlen.“

Zitat Hannah (15):

„Eine gesunde Beziehung besteht meiner Meinung nach nur dann, wenn sie auf Augenhöhe stattfindet und sich alle Beteiligten verstanden und respektiert wissen. Ich fühle mich in einer Beziehung dann sicher, wenn sie auf Vertrauen und Toleranz aufbaut. Es muss langfristig harmonisch sein können. Sobald aus kleinen Meinungsverschiedenheiten regelmäßig unverhältnismäßig große Diskussionen werden, zeugt das für mich von einer Unzufriedenheit, die mich in einer Freundschaft/Beziehung schwer belasten würden.“

Mein Safer Space: Ich

Egal ob in freundschaftlicher, familiärer oder Liebesbeziehung, sie alle haben eine Sache gemeinsam: Ehrlichkeit und Vertrauen. Um diese Werte in einer zwischenmenschlichen Beziehung zu etablieren, braucht es Kommunikation. Aber allein das Kommunizieren reicht oft nicht. „Manchmal haben wir eine Illusion davon, was überhaupt möglich ist an Sicherheit“, erklärt Hoffmann-Bisinger. Schließlich sei unser ganzes Leben unsicher. „Ich mache die Erfahrung, dass die Gen Z bereits wahnsinnig viel bespricht, bevor sie überhaupt in einer Beziehung sind. Und trotzdem kann es sein, dass Dinge ganz anders laufen oder verstanden werden, als vorher vereinbart“, führt die Psychologin weiter aus. „Auch wenn der Wunsch nach Sicherheit verständlich ist, ist sie eigentlich nur bedingt möglich.“

Absolute Sicherheit ist also etwas Utopisches – man kann sich noch so sehr anstrengen, sie wird nie vollständig erreichbar sein. Das ist auch gut so, denn Beziehungen, sagt Hoffmann-Bisinger, leben von einer Balance aus Sicherheit und Unsicherheit. Absolute Sicherheit kann sogar schaden: „Sie macht eine Beziehung starr und tötet die Lebendigkeit.“ Ein gewisses Maß an Unvorhersehbarkeit ist also notwendig, damit Nähe und Leidenschaft überhaupt wachsen können.

Das gilt nicht nur für Liebesbeziehungen. Auch in Freundschaften oder familiären Bindungen können wir Halt, aber auch Verunsicherung finden. Sicherheit entsteht immer dann, wenn wir uns gesehen und verstanden fühlen, ganz unabhängig davon, in welcher Form Beziehung passiert. Wir reden, planen, checken Red oder Green Flags, ganz so, als ließe sich Sicherheit wie ein Vertrag aushandeln. Aber Kontrolle ist kein Garant für Nähe. Sie fühlt sich nur kurz sicher an, macht auf Dauer aber starr. „Sicherheit heißt nicht, alles im Griff zu haben“, erklärt Hoffmann-Bisinger, „sondern sich zuzutrauen, mit Unsicherheit umgehen zu können.“

Wahrscheinlich ist genau das der Unterschied: Kontrolle fixiert, Vertrauen verbindet. Denn Kontrolle schafft Ordnung, aber Vertrauen schafft Nähe. Und Nähe wiederum ist das, was Beziehungen trägt – ob zu Freund*innen, Familie oder Partner*innen.

Aber wenn wir bei anderen möglichst viele Green Flags sehen wollen, was können wir selbst dafür tun, dass dies auch umgekehrt der Fall ist? Oder anders gefragt:

Was kann ich über mich selbst herausfinden, damit andere sich in Beziehungen mit mir so sicher fühlen, wie ich selbst das – zu Recht – suche?

Auf Social Media hört man immer wieder, zu wie viel Prozent man „geheilt“ sein muss, um bereit für eine Beziehung zu sein. Dass eigentlich alles immer erst bei einem selbst beginnt, bevor man sich auf andere Personen einlassen kann. Aber darf man wirklich erst dann lieben, wenn man zu hundert Prozent happy mit sich selbst ist? „Dieser Drang zur Selbstoptimierung ist schädlich“, macht Hoffmann-Bisinger klar. „Man darf auch, wenn man einen geringeren Selbstwert hat oder vielleicht nicht so selbstbewusst ist, eine Beziehung haben, man darf sich verlieben, man darf verletztlich sein.“ Das Beste sei, wenn man offen damit umgehe und sagen könne: „Ich bin unsicher“ oder „Das hat mich verunsichert“. Wenn man mit seinen Unsicherheiten offen umgeht, kann man nur daran wachsen.

Und darum geht es doch eigentlich auch: nicht perfekt sein zu müssen, um geliebt zu werden. Denn sich selbst zu lieben, heißt nicht, sich immer gut zu finden. „Sich selbst Sicherheit geben“, sagt die Psychologin, „heißt, den eigenen Wahrnehmungen zu trauen, ohne sie sofort zu bewerten.“ Wer lernt, sich selbst zuzuhören, kann auch anderen ehrlicher begegnen.

Dass heute so offen über toxische Beziehungen gesprochen wird, ist auch ein Ergebnis gesellschaftlicher Veränderungen. Themen wie Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und mentale Gesundheit sind in der Generation Z stärker präsent als noch vor wenigen Jahrzehnten. Rollenbilder und Beziehungsformen verändern sich. „Früher waren Rollen und Beziehungsformen klarer. Heute ist Diversität ein wichtiger Wert, aber sie bringt auch eine gewisse Überforderung mit sich“, sagt Hoffmann-Bisinger. Je mehr Möglichkeiten es gebe, desto mehr Entscheidungen müssen junge Menschen treffen: Wer bin ich, was will ich, wie will ich leben und lieben? „Viele Optionen zu haben ist wunderbar, aber sie können auch überfordern.“

Eine Sache ist sicher: Sicherheit ist kein Ziel, das es zu erreichen gilt. Sie passiert mittendrin – in Chaos, in Liebe, in Freundschaft, in anderen oder uns selbst. Es ist das Vertrauen in die Unsicherheit, die unser Leben lebendig macht.

Galatasaray HAMBURG:

Text: Meral Nur Katran

Heimat,
Gemeinschaft und
ein gelb-rotes
Lebensgefühl

Ein gelb-rotes Meer, das Herz schlägt schneller, die Gesänge hallen durch den Raum. Wer das Vereinsheim von Galatasaray Hamburg betritt, spürt sofort, dass hier mehr entsteht als nur sportliche Erfolge. Es ist ein Ort, an dem Leidenschaft auf Gemeinschaft trifft, an dem sich Generationen begegnen und Heimat neu definiert wird. Galatasaray Istanbul ist ein Fußballverein, doch hier in Hamburg ist er weit mehr als das. Auch für mich, Studentin im Sport und Eventmanagement und seit einiger Zeit Teil der Community, ist Galatasaray Hamburg ein besonderer Ort. Was ich hier erlebe, ist die praktische Antwort auf Fragen aus dem Studium: Wie entsteht Zusammenhalt durch Sport? Was macht Fußball zu einem kulturellen Anker? Und wie kann ein Verein weit mehr sein als nur ein Ort, an dem Spiele ausstrahlt werden?

Die Gründung von Galatasaray Hamburg

Der 17. Mai 2000 war ein Wendepunkt. Galatasaray Istanbul gewann als erste türkische Mannschaft einen europäischen Titel und holte den UEFA-Pokal nach Hause. Diese Nacht setzte in Hamburg eine Bewegung in Gang. Behçet Algan, der erste Präsident, erinnert sich im Gespräch mit GENZ: „Mein Ziel war es, die deutsch-türkische Freundschaft zu festigen und die verbindende friedliche Kraft des Sports zu nutzen. Galatasaray war für mich nicht nur ein Fußballverein, sondern auch ein Bildungs- und Kulturhaus. Deshalb haben wir unsere Initiative beschleunigt und gemeinsam mit meinen Freunden den Verein gegründet. Wir wollten zeigen, dass wir existieren und dass unsere Existenz gesehen werden soll.“ In Hamburg trafen sich Fans, organisierten erste gemeinsame Abende, schafften Technik an und machten aus vielen kleinen Schritten einen offiziellen Verein. Aus Euphorie wurde Struktur, aus Struktur wurde ein Zuhause.

Die lange Geschichte in Kürze

Die Wurzeln von Galatasaray reichen bis 1481 zurück, als der Gelehrte Gül Baba die Gründung einer Schule anregte, des heutigen Galatasaray Lisesi. Aus diesem Bildungsumfeld entstand 1905 der Sportclub Galatasaray Spor Kulübü um Ali Sami Yen. Die gelb-roten Trikots wurden zum Symbol für Stolz, Zusammenhalt und Offenheit und verbinden bis heute Menschen weit über Istanbul hinaus

Gemeinschaft und Zugehörigkeit

Heute ist Galatasaray Hamburg weit mehr als ein Treffpunkt für Fußballfans. Es ist ein Ort, an dem sich Menschen zu Hause fühlen, unabhängig von Herkunft oder Sprache. Claudia, die über ihre Familie und die Türkische Gemeinde Hamburg zum Verein kam, beschreibt dieses Gefühl so. „Es sind die Menschen,

die diesen Ort sicher machen. Man spürt sofort, dass man willkommen ist.“ Sie erinnert sich besonders an das Reisfest, auf Türkisch Pilav Günü, das jedes Jahr bei Galatasaray begangen wird. Dabei wird Reis nach einer alten, traditionellen Art gekocht und in großer Runde geteilt. Dieses Ritual ist ein festes Symbol für Zusammenhalt und wird auch in Hamburg gefeiert. „Ich hatte eine Freundin dabei, deren Tochter das Angelman-Syndrom hat, eine seltene genetische Erkrankung mit Entwicklungsstörungen. Sie ging offen auf die Menschen zu, und alle nahmen sie ohne Berührungsängste und voller Wärme auf. Das hat mich tief berührt.“ Für Claudia ist klar: Hier findet jede*r seinen Platz.

Für Behçet war genau das einer der wichtigsten Gründe für den Aufbau des Vereins. „Besonders wichtig war mir, dass die Kinder unserer Mitglieder hier aufwachsen und erleben, dass sie stolz auf ihre Wurzeln sein können. Der Verein sollte für sie ein sicherer Hafen sein.“ Seine Worte zeigen, dass Galatasaray Hamburg von Beginn an mehr war als ein Ort des Sports. Es war ein Schutzraum, in dem Zugehörigkeit und Identität ohne Angst gelebt werden konnten. Gründungsmitglied Selami ergänzt. „Wir wollten, dass die zweite und dritte Generation einen Ort hat, an dem sie ihre Identität leben können, ohne Angst davor zu haben, nicht dazuzugehören. Mustafa Kemal war auch nur ein Mensch. Aus einem Einzelnen kann eine ganze Bewegung entstehen.“

Das Fußballerlebnis

Im Zentrum steht der Fußball. Jeder Spieler, der das gelb rote Trikot trägt, wird hier gefeiert. Ganz gleich ob Weltstar oder Nachwuchsspieler, wer Teil von Galatasaray ist, erhält unendlichen Support. Im Vereinsheim hängen Bilder, Fahnen und Erinnerungen. Legenden wie Gheorghe Hagi, Wesley Sneijder oder Didier Drogba sind präsent, genauso wie die aktuellen Stars Mauro Icardi und Fernando Muslera

Unvergesslich sind die großen Spiele. Bei regulären Ligapartien sind es meist 70 bis 100 Menschen, bei Derbys und in der Champions League deutlich mehr. Am 18. Mai 2025, dem Tag der Meisterschaft, herrschte Ausnahmezustand. 1.800 bis 2.000 Menschen füllten das Vereinsheim und den Bereich davor. Draußen wurde Kebap frisch vom Grill serviert, drinnen jubelten die Fans in allen Räumen. An diesem Tag gewann Galatasaray nicht nur den Titel, sondern holte sich auch den fünften Stern. Als einzige Mannschaft in der Türkei hat Galatasaray damit fünf Sterne auf dem Trikot.

Die Atmosphäre am Spieltag

Wenn die Türen aufgehen, füllt sich der Raum schnell. Fans sitzen dicht an dicht, überall laufen Gespräche,

die Spannung wächst mit jeder Minute. In der vereinseigenen Küche wird frisch gekocht. Es gibt eine Auswahl an Snacks, Pizza und den vielleicht besten Toast der Stadt. Getränke reichen von türkischem Tee über Raki bis zu Fritz-Kola und Bier. Gesänge wechseln sich mit Diskussionen ab. Dieser Mix aus türkischer und deutscher Kultur macht Galatasaray Hamburg unverwechselbar.

Tradition trifft auf Moderne

Die Gegenwart verlangt neue Antworten. Als aktueller Präsident sieht Volkan Varol die Aufgabe, Geschichte zu bewahren und Zukunft zu gestalten. „Meine Motivation war in erster Linie die Liebe zu unserem Verein und zur Gemeinschaft. Galatasaray ist nicht nur ein Fußballclub, sondern eine Kultur, die wir hier in Hamburg leben.“ Finanzierung, Digitalisierung und Jugendarbeit gehören zum Alltag. „Die größte Herausforderung ist, die Balance zwischen Tradition und modernen Anforderungen zu finden“, sagt Volkan. Sein Blick geht nach vorn. Galatasaray Hamburg soll sich weiterentwickeln, vom reinen Fanclub zu einem Sportverein mit Fußball-, Volleyball- und Basketballteams auch für Frauen. In Gesprächen mit Galatasaray Istanbul geht es zudem darum, Touren für Mitglieder zu organisieren, zu Auswärtsspielen in Europa oder Spielen in Istanbul.

Gerade diese Verbindung von Tradition und Zukunft erlebe ich in meiner eigenen Rolle. Als Studentin mit Schwerpunkt Fußballmanagement sehe ich, wie wichtig es ist, Vereine strategisch weiterzuentwickeln. Gleichzeitig lerne ich hier im Vereinsheim, dass Konzepte nur wirken, wenn sie von echter Leidenschaft getragen werden

Ein sicherer Ort und ein Auftrag

für die Zukunft

So unterschiedlich die Geschichten von Behçet, Selami, Claudia und Volkan sind, sie laufen in einem Punkt zusammen. Galatasaray Hamburg ist ein sicherer Ort, ein Zuhause in einer Millionenstadt. „Dieses Gefühl, dass wir etwas geschaffen haben, worauf man stolz sein kann, ist unbezahlbar“, sagt Behçet. Claudia meint: „Ich habe verstanden, wie viel Lebensfreude Fußball schenken kann.“ Selami richtet den Blick nach vorn: „Jeder Schritt, den ihr geht, ist ein Samen für die Zukunft.“ Für die Gründergeneration ist es ein stolzer Moment zu sehen, dass ihre Idee weiterlebt. Für die heutige Führung bedeutet es, Verantwortung zu übernehmen und den Verein in eine neue Ära zu führen. Für die Mitglieder ist es ein Ort, an dem man Teil von etwas Größerem ist, einer Gemeinschaft, die verbindet, schützt und inspiriert.

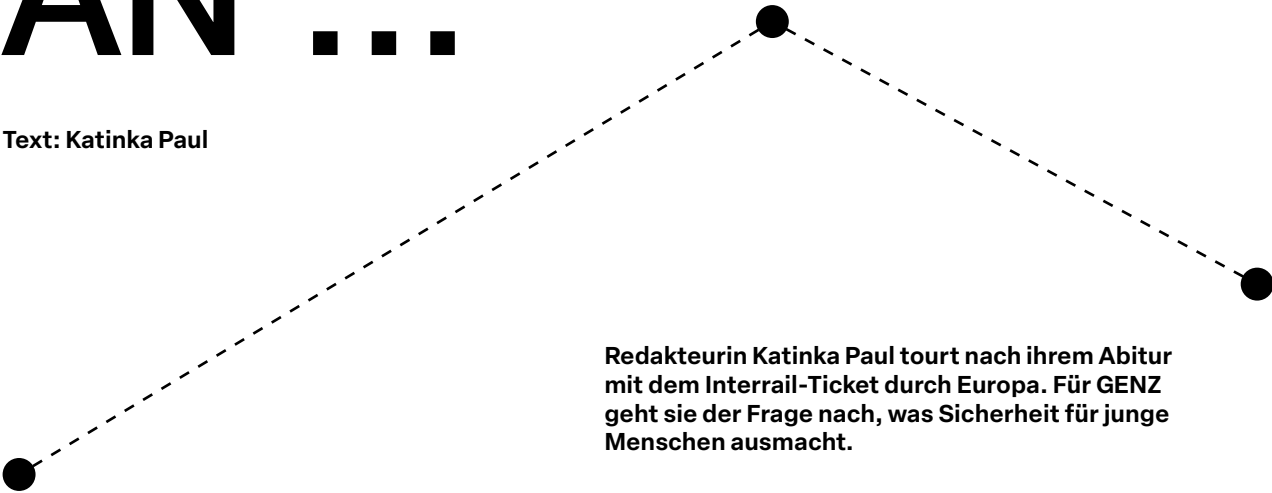
DISZIPLIN,
RESPEKT &
TEAMGEIST

Auch ich erlebe Galatasaray Hamburg als einen Ort, an dem sich meine Liebe zum Fußball, Fragen von Identität und echtes Miteinander verbinden. Für viele in der zweiten und dritten Generation der türkischen Einwanderer*innen ist dieser Raum unverzichtbar. Weil hier Tradition und Zugehörigkeit selbstverständlich gelebt werden.

Galatasaray Hamburg zeigt, wie weit Sport wirken kann. Was mit der Euphorie eines Pokalsiegs begann, ist heute ein lebendiges Stück Heimat. Der Verein bringt Integration, Kultur und Leidenschaft zusammen. Präsident Volkan sagt: “Disziplin, Respekt und Teamgeist, das sind Werte, die euch nicht nur im Sport, sondern auch im Leben weiterbringen.” Vielleicht liegt darin das Geheimnis von Galatasaray Hamburg. Fußball ist hier mehr als ein Spiel. Er ist ein Lebensgefühl, ein sicherer Ort und eine Brücke in die Zukunft. Und für mich persönlich ist er ein Ort, an dem ich nicht nur Fußball erlebe, sondern auch ein Stück von mir selbst wiederfinde.

ICH SAGE „SICHERHEIT“, DU DENKST AN ...

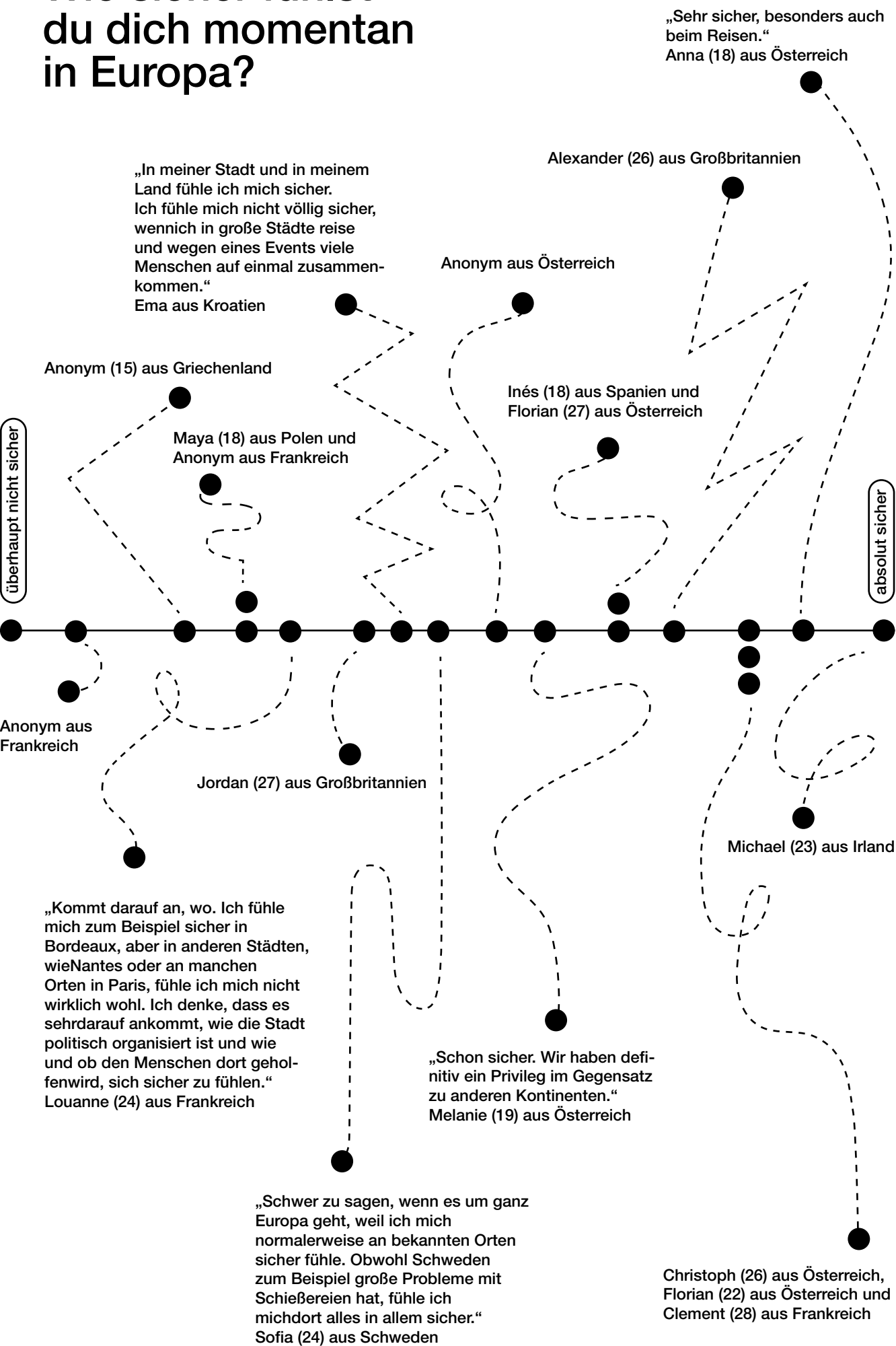
Text: Katinka Paul



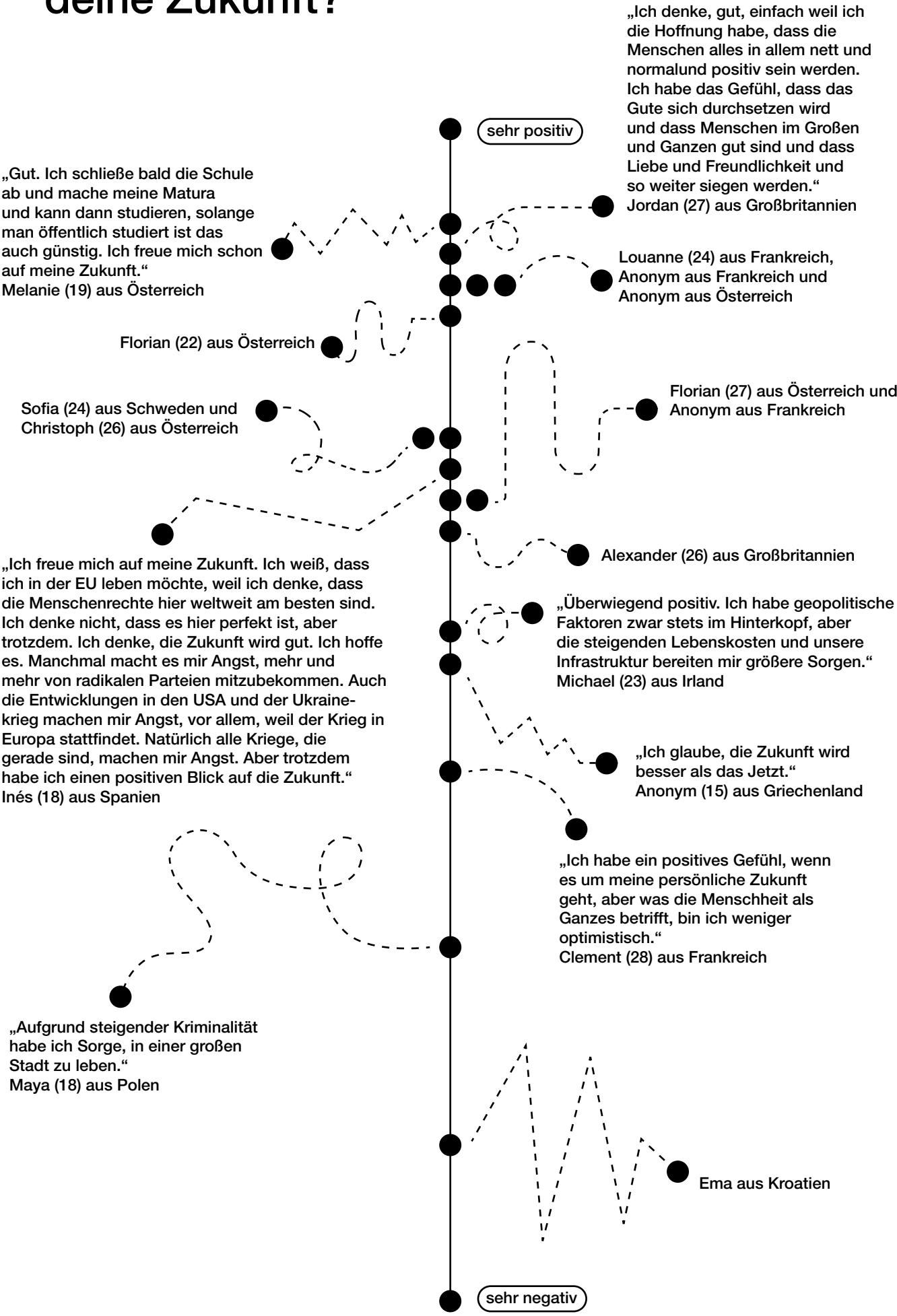
Redakteurin Katinka Paul tourt nach ihrem Abitur mit dem Interrail-Ticket durch Europa. Für GENZ geht sie der Frage nach, was Sicherheit für junge Menschen ausmacht.

Ⓢ SCHUTZ Ⓑ BATTERIEN Ⓜ MICH WIE ICH SELBST
FÜHLEN ⓔ EINE NIEDRIGE KRIMINALITÄTSRATE
Ⓟ POLIZEI Ⓦ WEDER ANGST VOR DEM ECHTEN ICH
NOCH VOR NEGATIVEN REAKTIONEN DARAUF ⓐ
AUFPASSEN ⓗ HANDSCHUHE ⓓ DASS MENSCHEN
IHR LEBEN AUF DIE BESTMÖGLICHE WEISE LEBEN
KÖNNEN Ⓟ POLIZEI ⓕ FRIEDEN Ⓦ WOHLFÜHLEN Ⓡ
RECHTSEXTREME POLITIKER*INNEN, DIE DIESES
GEFÜHL NUTZEN Ⓢ SCHUTZ VOR LEID Ⓟ POLIZEI
Ⓜ MEIN ZUHAUSE Ⓤ UNFÄLLE ⓐ OHNE
BEDENKEN DURCH DIE STRASSEN LAUFEN, MIT
MENSCHEN SPRECHEN

Wie sicher fühlst du dich momentan in Europa?



Wie blickst du auf deine Zukunft?



- Text — Katinka Paul

EINERSEITS

WEHRPFLICHT 2.0?

TEXT: CARLOTTA SCHNEPEL

„Meine Söhne geb’ ich nicht“, rappt der Hamburger Künstler Disarstar, als ich durch meinen Instagram-Feed scrolle. Im August 2025 heißt es in einem Post der Tagesschau: „Neuer Gesetzesentwurf zur Wehrpflicht“. Verteidigungsminister Boris Pistorius plant einen freiwilligen Wehrdienst und möglicherweise den Übergang zur Wehrpflicht in einem Gesetzesentwurf. Die Meinungen in den Kommentaren darunter sind gespalten. Anfang Dezember werden diese Pläne Realität. Mit einem komischen Gefühl lese ich in einem weiteren Post der Tagesschau: „Bundestag stimmt für neues Wehrdienstgesetz“. Die Diskussion um das neue Gesetz und eine Wehrpflicht findet schnell den Weg aus den Kommentarspalten in den Alltag.

Das Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WDMoDG)

Das WDMoDG setzt laut Pistorius zunächst auf Freiwilligkeit – erstmal keine Anzeichen einer Wehrpflicht. Diese Freiwilligkeit wird von einer Reihe an Anreizen unterstützt: vom Führerschein bis hin zu einer flexiblen Dauer im neuen Status „Soldat*in auf Zeit“ mit attraktiver Vergütung. Sollten sich allerdings nicht genügend Freiwillige finden, betont Pistorius, müsse man über eine (Teil-) Wiedereinführung der Wehrpflicht nachdenken.

Während das Kabinett neue Strukturen beschließt, regt sich auf der Straße Widerstand. Die Grüne Jugend sieht im WDMoDG eine „Wehrpflicht durch die Hintertür“. Vor dem Bundesverteidigungsministerium protestiert „die Greenpeace-Jugend“ und schreddert symbolisch den Wehrdienst-Befragungsbogen.

„Unseres Erachtens ist dieses Gesetz der erste vorbereitende Schritt zur Wiedereinführung einer Wehrpflicht“, erklärt Dr. Barbara Happe im Interview mit GENZ. Sie ist Expertin für Abrüstung und Frieden bei Greenpeace. Aus einem Rechtsgutachten zum WDMoDG, das die Organisation vorlegt, schließt sie, dass man auch jenseits eines „Spannungs- und Verteidigungsfalls“ mit dem neuen Gesetz schnell und problemlos wieder eine Wehrpflicht einführen könne. Voraussetzung seien nur, dass sich nicht genügend Freiwillige melden und eine besondere politische Lage vorliegt – diese Lage bleibt allerdings undefiniert.

Kämpfen für Deutschland?

Eine deutliche ablehnende Meinung gegenüber einer Wehrpflicht vertritt nicht nur Disarstar in seinem Song, sondern auch Autor und Podcaster Ole Nyomen. Er ist eine bekannte Stimme aus der Generation Z. In seinem Buch „Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde“ macht er deutlich: Er lehnt einen Dienst in der Bundeswehr grundsätzlich ab. Für ihn ist die Idee, auf Menschen zu schießen, „die mir nichts getan haben, von denen mich nichts trennt außer der Pass“, nicht zu rechtfertigen. Zu kämpfen und möglicherweise zu töten, weil der Staat es befiehlt? Für Nyomen undenkbar. Auch wenn er anerkennt, dass er von vielen Freiheiten in Deutschland profitiert, überwiegt für ihn das Leben, auch wenn dies weniger frei sein könnte.

Die Schüler*innenkammer Hamburg (SHK) findet in einem Statement gegenüber GENZ ebenfalls deutliche Worte: „Wir nehmen die aktuelle Entwicklung als Rückschritt wahr. Wir würden uns wünschen, dass jungen Menschen beigebracht wird, wie Konflikte friedlich gelöst werden, anstatt den Wehrdienst attraktiver zu gestalten. Deshalb sprechen wir uns gegen eine Wehrpflicht aus.“

Braucht es den „Neuen Wehrdienst“ überhaupt?

In der Debatte um die Wehrpflicht geht es auch darum, wie viele junge Menschen sich für den freiwilligen Wehrdienst gewinnen lassen. Derzeit gibt es bei freiwilligen Wehrdienstleistenden eine Abbruchquote von etwa 25 Prozent. Für Happe ist dies ein strukturelles Problem der Bundeswehr: „Was von der Bundeswehr beworben wird, scheint oft nicht der Realität zu entsprechen. Die Ausbildung muss verbessert werden und Ausbilder*innen müssen mehr auf junge Menschen eingestellt sein. Die Bundeswehr muss hier ihre Hausaufgaben und sich als Arbeitgeber attraktiver machen. Aktuell gibt es immer noch zu viele strukturelle Defizite.“

Auch ein Blick auf die militärische Gesamtlage zeigt, dass nach Einschätzung von Greenpeace der Rechtfertigung einer Aufrüstung der Bundeswehr die Grundlage fehlt. In der Greenpeace-Studie zum Vergleich der militärischen Potenziale von Russland und den NATO-Staaten heißt es, dass die NATO-Staaten Russland in fast allen Punkten überlegen sind.

Dies gilt auch in Bezug auf die Truppenstärke. „Die Studie zeigt, die NATO ist abschreckungsfähig – und das auch ohne die USA“, sagt Happe. „Die Wehrpflicht ist unter den aktuellen sicherheitspolitischen Bedingungen also nicht nötig.“

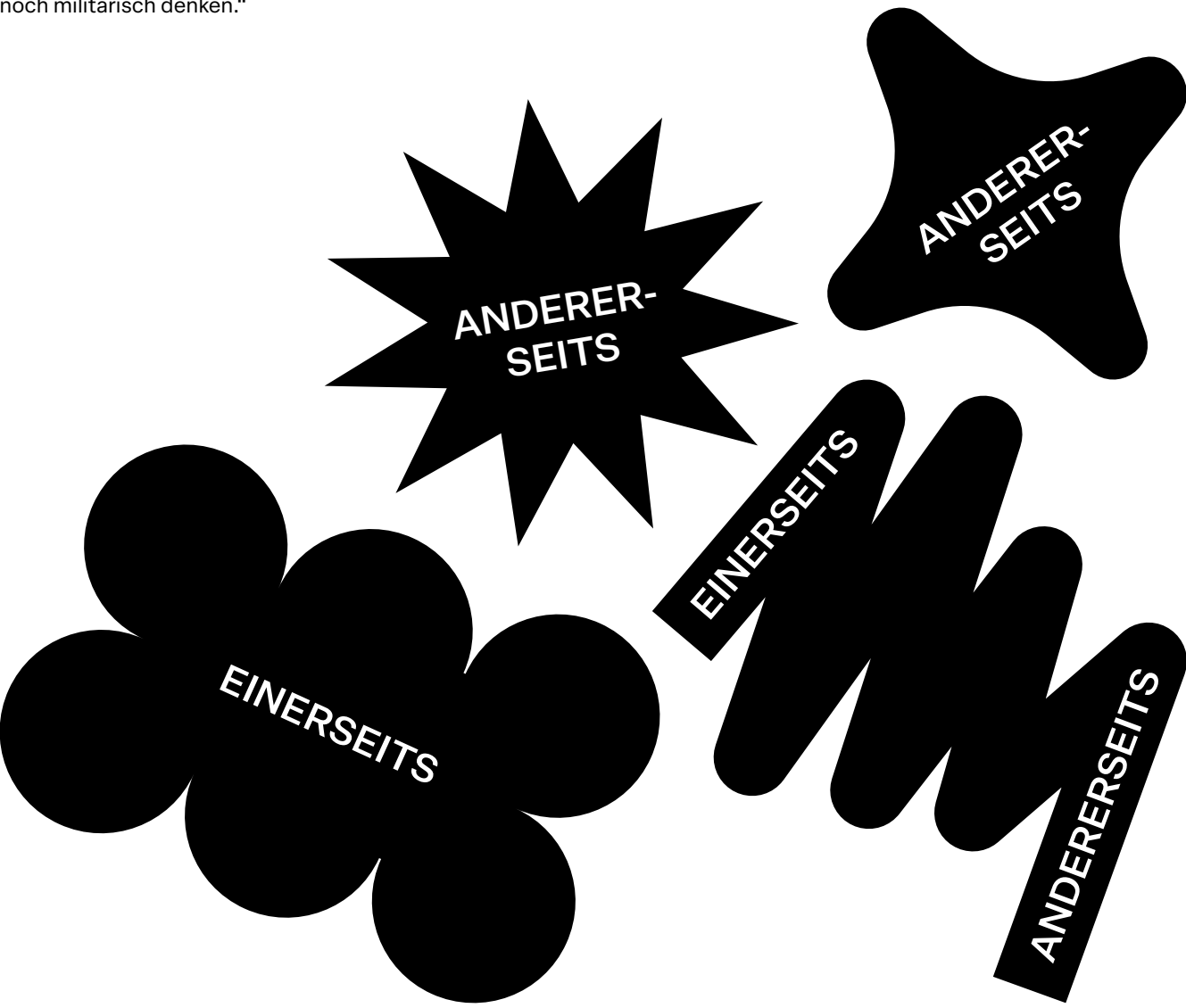
Ein Blick in unsere Nachbarländer zeigt, dass ein Drittel der EU-Mitgliedstaaten eine Wehrpflicht hat – Frankreich und Italien als zweit- und drittgrößte Volkswirtschaft Europas nach BIP gehören nicht dazu. „In Deutschland wird die sicherheitspolitische Debatte oft auf militärische Stärke verkürzt. Und davor warnen wir. Tatsächliche Sicherheit bedeutet aber so viel mehr als das“, betont Happe. Die SHK bewertet diese Entwicklung ähnlich: „Sicherheit und das Engagement junger Menschen fangen nicht beim Wehrdienst an. Sie fangen bei Demokratiebildung in Schulen und bei Bildungsgerechtigkeit an. Statt Unmengen an Etat in den Wehrdienst zu stecken, sollten lieber mehr Zuschüsse in die Bildung laufen.“

Mehr Militär heißt nicht mehr Sicherheit

Für mehr Sicherheit gibt es auch Wege abseits von einer Wehrpflicht – das findet auch Happe. „Sicherheit wird in Deutschland oft sehr militärisch definiert“, sagt die Expertin. „Aber mehr Militär heißt eben nicht gleich mehr Sicherheit.“ Statt der Aufrüstung der Bundeswehr betont sie die Wichtigkeit von Diplomatie. „Wir sagen: Das Töten muss ein Ende haben. Friedenspolitische Aspekte kann man nicht völlig vernachlässigen und die sicherheitspolitische Debatte nur noch militärisch denken.“

Neben diplomatischen Bemühungen scheint auch die Stimme junger Menschen vernachlässigt. „Die Debatte um die Wehrpflicht dreht sich um das Leben von jungen Menschen wie uns, jedoch werden wir oder vergleichbare Gremien nicht an der Debatte beteiligt. Die Stimme der Jugend fehlt!“, schreibt die SHK. Auch Happe wünscht sich, dass die Jugend stärker in die Debatte integriert wird. Ein Gesetz, das so fundamental in das Leben junger Menschen eingreift, darf nicht ohne sie entschieden werden. Happe sagt: „Gegen die Attraktivitätssteigerung der Bundeswehr haben wir nichts einzuwenden, allerdings darf das nicht mit einer Wehrpflicht durch die Hintertür einhergehen.“

Ob Disarstars Söhne also in Zukunft einmal verpflichtend dienen müssen oder nicht, bleibt offen. Einer Wehrpflicht stehen jedoch verfassungsrechtliche, gesellschaftliche und nicht zuletzt jugendpolitische Argumente gegenüber. Solange strukturelle Probleme ungelöst sind, Friedenspolitik vernachlässigt wird und die Meinung junger Menschen wenig Gehör findet, wirkt die Wehrpflicht nicht wie eine zeitgemäße Antwort auf aktuelle Herausforderungen.

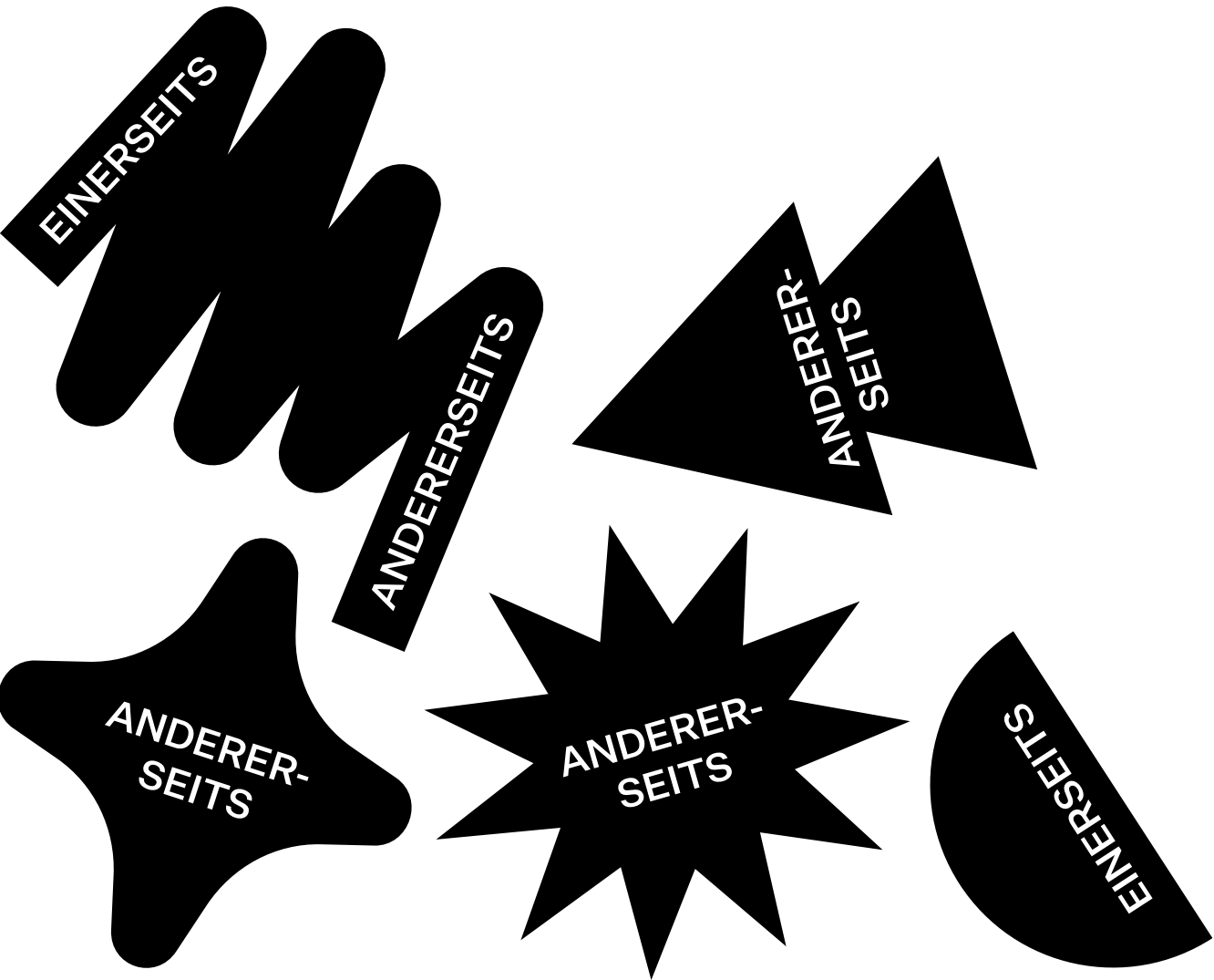


EIN GEBROCHENES VERSPRECHEN

TEXT: EIRIK BÖTTCHER

Drohnenüberflüge, Spionage, Sabotageaktivitäten, Desinformation, Cyberangriffe – die Anzahl russischer Aktionen gegen Deutschland steigt. Der Verfassungsschutz teilt bereits im April 2025 mit, „dass Russland den Einsatz von Gewalt als legitimes Mittel betrachtet“. Weiter heißt es, diese Aktivitäten sollen Angst und Unsicherheit in der deutschen Gesellschaft erzeugen, um diese zu spalten. Bundeskanzler Friedrich Merz ordnet die Ereignisse im September 2025 so ein: „Wir sind

nicht im Krieg, aber wir sind auch nicht mehr im Frieden.“ Auch international wächst der Druck auf Deutschland, sicherheitspolitisch mehr Verantwortung zu übernehmen. Deutschland steht im Zentrum Europas: Kein anderes Land profitiert so stark von Frieden, Handel und Stabilität. Gerade Polen und die baltischen Staaten verlassen sich auf Deutschlands militärische Stärke: „Deutschland muss ein führendes Land in Bezug auf die europäische und polnische Sicherheit sein“,



so der polnische Premierminister Donald Tusk. Vor diesem Hintergrund betont der Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius am 5. Juni 2024 im Deutschen Bundestag: „Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein. Wir müssen Abschreckung leisten, um zu verhindern, dass es zum Äußersten kommt.“ Dazu zählt für ihn auch die Bereitschaft, die Wehrpflicht zu reaktivieren.

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Oktober 2025 befürworten 54 Prozent der Deutschen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht. 41 Prozent sind dagegen. Innerhalb der Generation Z, den 18- bis 29-Jährigen, sind 63 Prozent gegen einen militärischen Pflichtdienst. Die Zustimmung in der Gesamtbevölkerung wächst zwar, doch die Zahlen zeigen auch eine Diskrepanz: Viele unterstützen das Konzept, wären aber selbst nur ungern betroffen.

Als der russische Angriff auf die Ukraine begann, brach für viele in Europa ein vermeintliches Sicherheitsversprechen. Für Alexander, Student der Politikwissenschaften und für Europäische Geschichte, war dies der Tag, an dem sich das kollektive Gefühl von Frieden und Stabilität unwiderprüflich verabschiedete. „Der Glaube, dass es Deutschland im Ernstfall nicht treffen würde, ist naiv“, sagt er. Für ihn reicht es nicht aus, die Bundeswehr technisch gut auszustatten. „Selbst die beste Ausrüstung funktioniert nicht ohne genügend ausgebildete Soldatinnen und Soldaten.“ Dabei gehört Alexander selbst nicht zu denen, die je ernsthaft über eine Karriere bei der Bundeswehr nachgedacht hätten. Doch die Realität des Krieges hat seine Perspektive verändert: „Ich begreife, dass Sicherheit und Frieden durch Diplomatie und Zusammenarbeit funktionieren können. Dennoch: Das einzige Mittel, um Großmachtbestreben zu unterbinden, ist militärische Stärke.“

Einer, der die Bundeswehr aus eigener Erfahrung kennt, ist Felix Strauß. Er verließ 2022 als Seekadett der Reserve die Bundeswehr, nachdem er die Ausbildung zum Offizier der Deutschen Marine erfolgreich abgeschlossen hatte. Während seiner Dienstzeit war er mehrere Monate in der Flotte aktiv – von der Segelschulausbildung bis zu Einsätzen auf einem Minenjagdboot sowie mehreren Fregatten. Felix nahm auch an Manövern teil, darunter Steadfast Defender der NATO.

Felix hatte sich bewusst für die Bundeswehr entschieden, um seinem Land etwas zurückzugeben und gleichzeitig einen vielseitigen, spannenden Beruf kennenzulernen, der es ihm ermöglichte, mit der Marine die Welt zu bereisen. Diese Erfahrungen, von Dänemark bis Portugal, bedeuten für ihn auch internationalen Austausch und gemeinsames Lernen im NATO-Verbund. „Ich habe gelernt, mich mit Andersdenkenden auseinanderzusetzen und die positiven Seiten ihrer Charaktere zu sehen – agree to disagree“, sagt Felix. Kameradschaft, gegenseitiger Respekt und die Fähigkeit, trotz unterschiedlicher Meinungen gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, seien prägende Erfahrungen gewesen. Die Bundeswehr verbinde verschiedene gesellschaftliche Schichten und ermögliche ein gemeinsames Werteverständnis. Für ihn ist sie „einer der größten Demokratieförderer der deutschen Geschichte“. Eine reaktivierte Wehrpflicht könnte gekoppelt werden mit einem verpflichtenden Zivil- oder Sozialdienst.

Junge Menschen hätten die Wahl: Waffe oder Werkzeug, Kaserne oder Katastrophenschutz. Ein solcher Dienst fördert nicht nur die äußere Sicherheit, sondern auch den inneren Zusammenhalt. Wer gemeinsam in Krisensituationen Verantwortung trägt, entwickelt ein stärkeres Bewusstsein für das Gemeinwohl. In einer individualisierten Gesellschaft könnte ein verpflichtendes Jahr eine Brücke schlagen – zwischen Generationen, Regionen und sozialen Schichten.

Der 24-jährige Maximilian blickt auf eigene Erfahrungen zurück: Während der Corona-Pandemie verzichtete er auf einen Dienst bei der Bundeswehr, unterstützte stattdessen den Betrieb von Impfzentren. Diese Zeit bezeichnet er als eine Art Zivildienst und eine Tätigkeit, die für ihn nicht nur sinnvoll und erfüllend war, sondern auch Defizite offenlegte. Für Maximilian hat die Bundeswehr eine doppelte Bedeutung: einerseits für die Landes- und Bündnisverteidigung, andererseits für die Unterstützung in Krisenlagen. Ob Pandemie, Hochwasser oder andere Katastrophen – entscheidend sei im Ernstfall eine funktionierende Logistik und geschultes Personal. Ein Wehr- oder Zivildienst könne hier beides leisten: Nachwuchs für die Bundeswehr und zugleich eine breitere zivile Reserve, die auch für zivile Notlagen mobilisiert werden kann. „Für mich gehört dazu, dass Katastrophen- und Zivilschutz stärker eingebunden werden“, betont er.

Maximilian setzt auf die Breitenwirkung eines allgemeinen Staatsdienstes – ob militärisch oder zivil. „Ich würde mir wünschen, dass alle kennenlernen, wie sehr man sich für unsere Gesellschaft einsetzen muss“, erklärt er. Für Maximilian steht fest: Freiheit in Deutschland existiert nur im Rahmen des aktuellen demokratischen Systems. „Wenn Staaten oder Parteien diese Ordnung ablehnen, müssen wir ihnen gemeinsam entgegentreten. Dafür hilft auch ein allgemeiner Dienst an der Gesellschaft.“

Am Ende bleibt die Erkenntnis: Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit – sie verlangt Verantwortung.



„Man kann hinfallen, aber man muss auch aufstehen“: Unternehmer und Stifter Michael **OTTO** über Verantwortung, Neugier und warum Angst kein guter Ratgeber ist

Text: Alex Frieling

AF: Alex Frieling

MO: Prof. Dr. Michael Otto

Prof. Dr. Michael Otto gehört zu den prägendsten Unternehmerpersönlichkeiten Deutschlands. Nach der Flucht seiner Familie aus Westpreußen kam er als Kind nach Hamburg, wo sein Vater Werner Otto mit einem kleinen Versandhandel den Grundstein für den heutigen Otto-Konzern legte. Michael Otto führte das Familienunternehmen später zu einem internationalen Handels- und Dienstleistungskonzern – und prägte es mit seiner Haltung zu Nachhaltigkeit, Verantwortung und gesellschaftlichem Engagement. Im 2023 erschienenen Buch „Das Michael Otto Prinzip“ fasst Michael Otto seine unternehmerischen und gesellschaftlichen Leitprinzipien zusammen – von Verantwortung und Nachhaltigkeit über Innovationsgeist bis hin zu globalem Denken. Im Gespräch mit GENZ zeigt sich der 82-Jährige als neugieriger Denker, der weit über ökonomische Fragen hinausblickt. „Ich bin ja nicht als Milliardär geboren worden“, sagt Otto. „Wir hatten ein Plumpsklo auf dem Hof – und in der Waschküche wurde noch per Hand gewaschen.“ Ein Gespräch über Mut, Sicherheit, Milliardärsklischees – und die Haltung eines Mannes, der sagt: „Wer permanent Angst hat, der stirbt tausend Tode, und wer keine Angst hat, stirbt nur einen.“

AF: Herr Otto, wenn man sich einen Milliardär vorstellt, denkt man oft an einen Menschen, der Urlaub in Villen oder auf Yachten macht, gegen Steuererhöhungen ist und einen hohen CO₂-Fußabdruck hat. Sehen Sie sich in irgendeinem dieser Punkte wieder?

MO: Nein, da finde ich mich nicht wieder, denn ich bin ja nicht als Milliardär geboren worden und lebe keines dieser Klischees. Im Grunde sind wir nach dem Krieg, nach der Flucht, von Westpreußen nach Hamburg gekommen. Die ersten Jahre sind wir erstmal in einer Zweizimmerwohnung aufgewachsen, mit einem Plumpsklo auf dem Hof, ohne

Badezimmer und da wurde in der Waschküche noch per Hand gewaschen, also von daher kenne ich auch die andere Seite. Das Ganze war eine schrittweise Entwicklung und ich habe während meines Volkswirtschaftsstudiums schon versucht, mich finanziell unabhängig zu machen, weil ich es wichtig fand, von meinem Vater unabhängig zu sein und auf eigenen Beinen zu stehen. Dass sich das Unternehmen dann gut entwickelt hat und ich dazu beitragen konnte, ist natürlich sehr erfreulich. Deshalb würde ich mich aber mit solchen Ausdrücken oder solchen Klischees nicht identifizieren.

AF: Sie engagieren sich in großer Vielfalt in unterschiedlichen Bereichen – von Bildungs- und Ausbildungsinitiativen über soziale Projekte bis hin zu Ihrem langjährigen Einsatz für Klima- und Umweltschutz, etwa durch die Michael Otto Umweltstiftung. Gleichzeitig prägen Sie mit Ihrem Unternehmertum sowie Ihrem Blick auf wirtschaftliche und politische Entwicklungen seit Jahrzehnten wichtige Debatten. Wie würden Sie sich selbst als Mensch – Michael Otto – beschreiben?

MO: Ich würde mich als Unternehmer beschreiben, und als jemand, der immer neugierig ist. Ich interessiere mich eigentlich für alle Bereiche des Lebens und meine Frau sagt manchmal: „Also, musst du das denn auch schon wieder machen?“ (lacht) Aber mich interessieren so viele Dinge und ich sehe, dass ich etwas Positives bewirken kann. Wenn ich etwas dazu beitragen kann, Dinge zu verbessern, dann habe ich auch eine Verantwortung, denn nicht alle haben die Möglichkeit in diesem Umfang. Ich halte es aber für ganz wichtig, dass sich jede Bürgerin und jeder Bürger im Rahmen ihrer oder seiner Möglichkeiten für die Gesellschaft einsetzt. Ich habe natürlich mehr Möglichkeiten und habe daher auch mehr Verantwortung.



AF: Wie viele Stunden schläft ein Michael Otto eigentlich pro Nacht, wenn er so viele Dinge hat, die ihn antreiben?

MO: Ja, ich finde es ganz wichtig, dass man gerade Kindern und Jugendlichen alle Chancen ermöglicht – auch ganz individuell: Damit sie ein selbstbestimmtes und glückliches Leben führen können. Deswegen haben wir eine ganze Reihe von Jugendprojekten gestartet, ob es im Musikbereich ist, wo wir an Schulen Kinder und Jugendliche in Chormodulen unterrichten, Instrumentalunterricht geben oder ermöglichen, in einem Jugendorchester zu spielen. Da haben insgesamt schon über 10.000 Jugendliche an diesem Programm teilgenommen. Aber auch andere Jugendprojekte, im Umweltbereich zum Beispiel. Über die von mir gegründete Umweltstiftung Michael Otto schützen, erhalten und erneuern wir die Natur und bringen Menschen Themen wie Wasser, Biodiversität und Klimaschutz praktisch näher.

MO: (Lacht) So sechs bis sieben Stunden. Das reicht mir auch.

AF: In Ihrem Buch schreiben Sie, Sie seien ein Mensch, der immer positiv denkt. Sie nennen es die Macht des positiven Denkens. An junge Menschen gerichtet – wie entwickelt man so eine Grundhaltung? Haben Sie die schon seit der Kindheit, durch Ihr Unternehmertum bekommen, durch den beruflichen Erfolg oder wie haben Sie sich so eine Denkweise zu eigen gemacht?

MO: Ich habe andere Menschen in unterschiedlichen Bereichen beobachtet, ob sie nun in der Wissenschaft, in der Medizin oder im Unternehmertum waren, die schwere Wege hinter sich hatten und trotzdem positiv vorangegangen sind – und dann riesigen Erfolg hatten. Das heißt, dass man durch die innere Einstellung schon ungeheuer viel bewegen kann. Ich sage immer: Man kann hinfallen, aber man muss auch wieder aufstehen. Das ist wichtig. Wenn man positiv denkt, dann sieht man nicht die Probleme, man sieht die Chancen. Probleme sind da, um gelöst zu werden. Mit dieser Einstellung ins Leben zu gehen, ist wichtig. Dann wird man Herausforderungen lösen und viel erreichen können, das habe ich auch bei mir selbst gemerkt.

AF: Sehen Sie bei Ihnen selbst eine Verantwortung jungen Menschen gegenüber?

AF: Sie schreiben in Ihrem Buch, dass Angst im Allgemeinen kein guter Ratgeber sei. Jetzt gibt es einige politische Entwicklungen, die vielen jungen Menschen Sorgen bereiten – was würden Sie sagen, wie bleibt man trotzdem optimistisch?

MO: Ich glaube, das positive Denken ist ganz wichtig, weil man nur dann auch die Bereitschaft und die Kraft hat, Dinge zu ändern und positiv einzuwirken. Wenn man pessimistisch ist und sagt: „Das hat sowieso keinen Zweck!“ – dann handelt man nicht. Und das wäre doch traurig. Deswegen bin ich der Meinung, es ist ganz wichtig, dass möglichst viele Menschen sagen: „Wir haben Vorstellungen, wie es optimal sein müsste, wir lassen uns nicht entmutigen, wir arbeiten darauf hin und wir geben

unseren Beitrag dazu!“ Deswegen finde ich Optimismus notwendig, auch in schwierigen Phasen. Vor allen Dingen ist es wichtig, dass man nicht immer Angst vor den schlimmsten Entwicklungen hat. Es gibt ja ein Sprichwort: Wer permanent Angst hat, der stirbt tausend Tode, und wer keine Angst hat, stirbt nur einen Tod. Und das ist es. Wenn man zum Beispiel permanent denkt: Wann werden wir angegriffen? Wann wird Russland so stark sein und einmarschieren? Dann ist man in seinem Leben gelähmt. Deshalb muss man sagen: Wir sehen, es ist ein Risiko da, also müssen wir handeln, dass die Abschreckung so groß ist, dass Russland nicht einmarschieren wird und das sind die entsprechenden Maßnahmen.

AF: Sie engagieren sich sehr viel für Klimaschutz. Was würden Sie jungen Menschen mitgeben, die gar nicht wirklich wissen, wie sie zum Klimaschutz beitragen können? Sie äußerten sich auch zur Fridays-for-Future-Bewegung positiv.

MO: Fridays for Future hat gezeigt, wie viel junge Menschen beim Klimaschutz bewegen können. Denn im Grunde hatten wir bei allen Regierungen in Deutschland kein Erkenntnis-, sondern ein Handlungsdefizit. Als Fridays for Future demonstriert hat, erkannte die Regierung plötzlich: „Mensch, das sind ja unsere zukünftigen Wählerinnen und Wähler, da müssen wir ja doch etwas tun!“ Das hat dazu geführt, dass in der Regierung gehandelt wurde. Durch solche Aktionen können junge Menschen wirksam werden. Aber auch beim eigenen Lebensstil sollte man überlegen, wie man Rücksicht auf das Klima nehmen kann. Das müssen nicht unbedingt riesige

Einschränkungen sein! Man kann viele Dinge trotzdem ändern und dazu beitragen, den CO2-Ausstoß zu reduzieren. Das fängt bei so simplen Dingen an, wie das das Licht auszuschalten, wenn man das Zimmer verlässt. Man kann auch Solaranlagen auf dem Balkon installieren, die dazu noch wirtschaftlich sind, und in der Summe ist es gewaltig, was das für eine Wirkung haben kann! Dann müssen wir fort von der Wegwerfgesellschaft, also lieber langlebige Produkte kaufen.

AF: In zwei Sätzen zum Abschluss: Was geben Sie jungen Menschen mit, die sich um Ihre Sicherheit sorgen?

MO: Ich würde sagen: Sorgt euch nicht zu viel, habt weniger Angst vor der Zukunft, sondern gestaltet die Zukunft! Setzt euch dafür ein, dass sich die Zukunft so entwickelt, wie ihr sie haben möchtet und jeder und jede kann einen Beitrag dazu liefern!

OTTO

© Jewgeni Roppel



Beständigkeit im Status Quo: Das Sicherheitsgefühl in Taiwan

Text: Felicia Holtkamp

Fotografie: Dan Boner & Felicia Holtkamp



Das Rauschen des Flugzeugs wird lauter. Die ganze Reisegruppe horcht auf. Das Geräusch kommt näher und wird schließlich zum Dröhnen. Der Tour Guide hat unsere Aufmerksamkeit verloren und alle recken ihre Köpfe gen Himmel, um einen Blick auf den Ursprung des Lärms zu erhaschen. Wir können das Flugobjekt nicht ausmachen und ich merke, wie es kurz unruhig in der Gruppe wird. Wir scheinen alle denselben Gedanken zu haben. „Is China coming?“, scherzt der Tourguide in den Lärm hinein und spricht damit aus, was wir uns alle in einem kurzen Moment der Panik fragen. Mit der Frage fängt er die allgemeine Aufmerksamkeit wieder ein. Alle wenden den Blick vom Himmel zurück zu unserem taiwanischen Reiseleiter, der breitbeinig und mit in die Hüften gestemmtten Händen dem vorbeifliegenden Flugzeug entgegenlacht.

EIN LAND WIE KEIN ANDERES

Seit 1996 finden in Taiwan demokratische Wahlen statt, es herrscht Meinungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit. Als erstes asiatisches Land führte es 2019 die Ehe für alle ein. Und dennoch hat Taiwan ein Alleinstellungsmerkmal: Kein*e Bundeskanzler*in und kein*e Bundespräsident*in haben die Insel je besucht. Taiwan ist kein Mitglied der Vereinten Nationen und wird von der überwiegenden Mehrheit der Staategemeinschaft nicht als unabhängiger Staat anerkannt. „Jedes Land auf der Welt muss für sich entscheiden, erkennt es die Volksrepublik China oder die Republik China auf Taiwan an“, erklärt Karsten Tietz. Er ist seit Sommer 2025 Generaldirektor des Deutschen Instituts Taipei in der Hauptstadt Taiwans. Das Institut fungiert als inoffizielle deutsche Auslandsvertretung und ist dafür verantwortlich, die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Taiwan zu pflegen. „Es gibt 12 zumeist kleinere Staaten, die die Republik China (Taiwan) statt der Volksrepublik China anerkennen. Alle anderen Länder, wie auch Deutschland, haben diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik China und entsprechend nicht zu Taiwan.“ Dies sei Konsequenz der deutschen Ein-China-Politik, wonach es nur ein einziges China gebe, welches neben Hongkong und Macau auch Taiwan umfasse.

Ein Rückblick in die komplexe Geschichte der Insel zeigt, dass Taiwan von 1683 bis 1895 Teil des chinesischen Kaiserreichs unter der Qing-Dynastie war. Allerdings kontrollierten die Qing nur den westlichen Teil der Insel. Aufgrund des schwer einzunehmenden Geländes und des starken Widerstands der indigenen Bevölkerung hielten es die Qing für nicht lohnenswert, den Osten einzunehmen. Auf die Qing folgten 50 Jahre japanischer Herrschaft in Taiwan, bis diese mit Ende des Zweiten Weltkriegs ebenfalls endete. In China selbst brach kurz darauf ein Bürgerkrieg zwischen der nationalistischen Kuomintang (KMT) und den kommunistischen Kräften unter Mao Zedong aus. Als die Kommunisten die Oberhand gewannen, zog sich die KMT nach Taiwan zurück. Seit 1949 wird Taiwan unabhängig von China und Japan regiert und trägt den offiziellen Namen „Republik China“. Für die kommunistische Führung Chinas gilt die Verlagerung der KMT nach Taiwan bis heute als historischer „Ausreißer“, den es rückgängig machen will. Der chinesische Präsident Xi Jinping betont immer wieder, dass die nationale „Wiedervereinigung“ vorangetrieben werden sollte – so auch gegenüber US-Präsident Donald Trump in einem Telefonat im November 2025.

CHINESISCH ODER TAIWANISCH?

„Taiwan ist für China eine unvollendete Angelegenheit, denn es ist der einzige Ort, den sie noch nicht eingenommen haben“, erklärt Professor Min-Hua Huang. „Als Führer Chinas ist es so: Wenn du Taiwan verlierst, die Insel also ein unabhängiger Staat wird, verlierst du damit deine Legitimität in China.“ Huang ist Vorsitzender des Fachbereichs Politikwissenschaft an der National Taiwan University. Seine Vorfahren lassen sich seit über 200 Jahren in Taiwan verorten. Ursprünglich stammt seine Familie aus China. Dass sie sich mittlerweile als taiwanisch fühlen, ist gar keine Frage mehr. „Im Laufe der Zeit hat das Bildungssystem hier gute Arbeit geleistet, um eine taiwanische Identität zu fördern“, sagt Huang. „So verstehen die Kinder, dass Taiwan Taiwan und China China ist.“

Für die 27-jährigen Taiwanerinnen Sophia und Chelsea ist klar: Sie können sich zwar mit der chinesischen Kultur und Sprache, nicht aber mit Land und Staat identifizieren. „In unserer Generation möchte niemand chinesisch genannt werden“, stellt Sophia klar.

SICHERHEIT IN DER UNSICHERHEIT: DER STATUS QUO

Die Frage nach den Beziehungen zu China bestimmt seit Jahren den Polidiskurs, das Wahlverhalten der Bevölkerung und die Gespräche innerhalb von Familien und zwischen Freund*innen. Der Rat für Festlandangelegenheiten führt regelmäßig eine Umfrage zu den Beziehungen zwischen Taiwan und China durch. Im August 2025 sprachen sich 86,4 Prozent der Befragten dafür aus, den „Status Quo im Großen und Ganzen“ beizubehalten. Damit stellen sie sich sowohl gegen eine Wiedervereinigung mit der Volksrepublik China wie auch gegen eine Erklärung der Unabhängigkeit. Die Taiwaner*innen finden also Sicherheit im Status Quo, weil sie so die Sicherheit ihres eigenen Landes nicht gefährden. Taiwans größter sicherheitspolitischer Partner sind die USA. Washington hält ebenfalls am Status Quo fest und warnt vor jeder Veränderung durch Peking. Zugleich unterstützen die USA Taiwan mit Waffenlieferungen – ein Balanceakt zwischen Rückhalt und Abschreckung.

„Der Status Quo ist der Mittelweg, ohne eine militärische Gefahr einzugehen“, sagt Huang. „Aber wenn Taiwan die Chance hätte, ohne das Eingreifen von China unabhängig zu werden, würden wir das tun.“ Für die Menschen in Taiwan stehe der Erhalt des Status Quo eindeutig über einer Wiedervereinigung mit China. „Hier lieben die Menschen ihre Freiheit, ihre Kultur und Demokratie und die wollen sie nicht verlieren“, erklärt der Generaldirektor Karsten Tietz. „Deswegen widersetzen sie sich einer Wiedervereinigung mit China so stark, weil das aus ihrer Sicht den Verlust aller Werte und Freiheiten bedeutet, wie es in Hongkong passiert ist.“

Sophia und Chelsea sehen die Diskussion über die Unabhängigkeit Taiwans etwas anders. „Ich habe die Frage um ein unabhängiges Taiwan nie verstanden“, meint Chelsea. „Wir waren immer unabhängig, ohne eine direkte Präsenz von China zu fühlen.“



IS CHINA COMING?

Auch wenn China nicht unbedingt im Alltag der Taiwaner*innen präsent ist, gibt es dennoch eine tägliche Auseinandersetzung mit dem Land auf der anderen Seite der Taiwanstraße, wie die Meerenge zwischen China und Taiwan heißt. „Es gibt jetzt schon jeden Tag 2,5 Millionen Cyberangriffe von China auf Taiwan“, berichtet Tietz von der ständigen Infiltration. „Irgendwann könnte China weiter eskalieren, wie Russland es in der Ukraine getan hat. Dann könnte es auch unangenehmer werden.“

Min-Hua Huang nennt zwei Szenarien, unter denen China Taiwan angreifen würde. „Wenn unsere Verteidigung zu einem bestimmten Level absinken würde, wäre es zu einfach für China, Taiwan einzunehmen, und dann würden sie es auch tun“, erklärt Huang. Deswegen besteht in Taiwan eine einjährige Wehrpflicht für junge Männer. 3,32 Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden für Verteidigung ausgegeben – bis 2030 sollen es sogar fünf Prozent werden. Das zweite Szenario für einen Angriff sei eine Unabhängigkeitserklärung Taiwans.

SICHERHEIT IN DER UNSICHERHEIT

„Aber auch wenn es von außen ziemlich düster aussieht, ist die Situation im Inneren relativ sicher“, beschwichtigt Huang. Karsten Tietz betont ebenfalls, dass aktuell kein Grund zur Sorge gegeben sei. „Im Moment besteht in Taiwan keine akute Gefahr – weder als Tourist noch als Diplomat mit zwei kleinen Kindern noch als Austauschstudierender.“ Sollte sich die Situation dennoch zuspitzen, so können sich alle Deutschen über die ständig aktualisierten Sicherheitshinweise des Auswärtiges Amtes zu Taiwan informieren, wie man sich am besten verhält.

„Ihr Westler macht uns die Gefahr stärker bewusst, als wir sie eigentlich wahrnehmen“, meint Chelsea auf Nachfrage von GENZ. „Wir spüren diese unmittelbare Bedrohung nicht.“ Einer ständigen Gefahr im Rahmen von vermehrten Militärmanövern Chinas ausgesetzt zu sein, lasse sie eher abstumpfen. „Was auch immer passieren wird, wird passieren – und wenn es passiert, werde ich mich dann damit befassen“, meint auch Sophia.

Unser Tourguide steht sinnbildlich für die Haltung vieler Taiwaner*innen: Mit breit aufgestellten Beinen verkörpert er das Bewusstsein für die Gefahr und zugleich das Vertrauen in die eigene Sicherheit. Die in die Hüften gestützten Arme stehen für die Bereitschaft, das demokratische Taiwan zu verteidigen. Und das Lachen zeigt, dass die Taiwaner*innen sich in der Gefahr eingerichtet haben – sie sind vorbereitet, aber lassen die Angst nicht ihr Leben bestimmen.



BORN2SING

sichere Räume für BIPOC und LGBTQIA* - Künstler*innen

Das Licht im großen Saal der Elbphilharmonie wird gedimmt. Im Backstagebereich eines der renommiertesten Konzerthäuser Deutschlands stehen rund 70 Sänger*innen, ein tiefes Atemholen geht durch die Gruppe, dann betreten sie die Bühne. Noch bevor der erste Ton des ersten Liedes erklingt, liegt im gesamten Saal eine Energie, die sich kaum beschreiben lässt. Born2Sing ist mehr als ein Chor – das spürt man sofort.

Text: Vivien Lloyd

© Layla Awa

„Born2Sing hat 2020 als Workshop-Serie begonnen“, erzählt Anh Khoa Trần später im Gespräch. Musical Theatre Performer, Singer und Artistic Director Anh Khoa gab damals unter dem Verein SalutDeluxe regelmäßig Workshops. „Wir wollten marginalisierten Stimmen – vor allem Schwarzen, PoC und LGBTQ Sänger*innen – einen Raum geben, in dem sie an ihrer Gesangstechnik und Performance arbeiten können.“

Vier Jahre lang trafen sich Teilnehmer*innen in den monatlich abgehaltenen Workshops, nach und nach entstand eine BIPOC-Gemeinschaft, die nicht nur das Singen, sondern laut Anh Khoa auch ähnliche Werte als Fundament teilte: Storytelling, Handwerk und kollektive Heilung durch Singen. Im September 2024 folgte der nächste Schritt: Gemeinsam mit Sängerin und Creative Mèlle Vardouniotis gründete Anh Khoa den Born2Sing Chor.

Einen Meilenstein markierte das erste Winterkonzert 2024. „Samy Deluxe war als Gast dabei und hat mit uns seinen Song Poesiealbum gesungen. Im Anschluss hat er uns in die Elbphilharmonie eingeladen“, erinnert sich Anh Khoa. Die Zusammenarbeit mit dem Hamburger Rapper ist seither ein fester Bestandteil der Chorgeschichte. Ein weiterer Höhepunkt war die Kooperation mit den Grammy-prämierten Produzenten Cubeatz oder die Live-Performance mit der brasilianischen Gruppe Barbatuques.

Wer den Proberaum des Chores betritt, trifft auf eine bunte Mischung an Stimmen und Persönlichkeiten, die Jüngsten sind gerade 16 Jahre alt, die Ältesten in ihren 40ern. Es sind Studierende, Eltern, Profimusiker*innen, sie haben Wurzeln in Kurdistan, der Türkei, Ghana, Nigeria, Gambia, Vietnam und vielen anderen Ländern. „Was uns andernorts ausgrenzt, wird hier zur Gemeinschaft“, sagt Anh Khoa, „was viele von uns verbindet ist, dass wir als Kollektiv, Erfahrungen mit Rassismus, Queer- und Transfeindlichkeit, Ableismus, Sexismus und anderen Struggles zu tun haben und Musik als Raum und Mittel gewählt haben, um alles, was uns im echten Leben ausgrenzt, hier zu feiern.“

Besonders eindrücklich formuliert es Mitglied Noah: „Born2Sing ist für mich nicht nur ein Chor, sondern wie ein regelmäßiges Zusammenkommen verschiedener Kulturen in Form eines gemeinsamen Mediums, das wir alle teilen. Teil eines Spaces zu sein, der gleichzeitig so frei von Vorurteilen und bindend – ja, schon fast wie eine Art neues Zuhause – für mich ist, hat mich in den letzten Jahren mehr als positiv geprägt.“ Auch Künstler Malik beschreibt dieses Gefühl ähnlich: „Der Chor bedeutet für mich gemeinsam zu wachsen, Support und Connection mit den Menschen. Es ist ein Raum für Community und gibt die Möglichkeit, sich zu entwickeln.“

Diese Vielfalt spiegelt sich auch im Musikalischen wider: Der Chor ist tief verwurzelt in der Black American Music: Pop, R’n’B, Gospel und Musical Theatre. Dazu kommen Afro, Champeta und Songs der eigenen Mitglieder, die eigens für den Chor arrangiert werden. „Für uns geht es weniger um Genres“, erklärt Anh Khoa. „Spannend ist, was passiert, wenn 70 Sänger*innen aus verschiedenen musikalischen Hinter-

gründen aufeinandertreffen und sich einigen, einen Song neu vorzustellen und einen Sound zu kreieren, den nur der Born2Sing Chor hat.“

Den einzigartigen Sound von Born2Sing prägt auch das Team der musikalischen Leiter*innen (MDs), die mit ihren individuellen Hintergründen die Arrangements gestalten. Vor allem Mèlle Vardouniotis, Sängerin, Creative Director und Co-Gründerin, bringt mit ihrem breiten musikalischen Background aus Pop, Gospel und Musical Theatre die charakteristischen Harmonien ein, die den Born2Sing-Sound unverwechselbar machen. Binta Hübener, die als professionelle Sängerin unter anderem mit Jan Delay arbeitet und internationale Verbindungen bis nach Südafrika pflegt, bringt wertvollen Input aus der Musikindustrie ein und El-Shaddai erweitert das Repertoire mit Einflüssen aus dem Gospelbereich und Songs aus Ghana. Gemeinsam bilden diese drei starken Frauen das musikalische Rückgrat des Chores.

Hinter den Proben steht ein klares Konzept von Community und Qualität, jeden Sonntag arbeiten die Mitglieder drei Stunden lang zusammen. Neben dem Chorgesang gehören Warm-ups, Vocal- und Movement-Coaching, Bandproben und Teambuilding dazu.

„Wir verstehen uns nicht als perfekten Safe Space“, betont Anh Khoa. „Im Gegenteil, wir versuchen eher einen fehlerfreundlichen Raum zu schaffen, indem wir davon ausgehen, dass in stressigen Phasen, sich Menschen verletzen können und Grenzen überschritten oder Bedürfnisse nicht gehört werden.“ Dafür sollen den Mitgliedern Tools an die Hand gegeben werden, um sich selbst zu regulieren und zu lernen, in solchen Situationen eigene Copingstrategien zu entwickeln, da jede Person anders funktioniere. „Wir sind nicht am Ende unseres Weges und suchen stetig weiter, weil wir nicht daran glauben, dass derselbe Schuh 70-mal passt. Das dauert Zeit und macht Arbeit, aber wir sind auf einem sehr guten Weg.“ Was dieser Ansatz für die Mitglieder bedeutet, bringt Mitglied Ibo auf den Punkt: „Born2Sing ist für mich eine große Familie, die sich immer unterstützt und berät. Wir motivieren uns gegenseitig, besser zu werden und höhere Ziele anzustreben. Doch vor allem ist Born2Sing Support und Liebe – Liebe füreinander, aber auch Liebe zur Musik.“

Doch die Vision reicht noch weiter. Geprägt durch Anh Khoas Studienzeit an der Royal Academy of Music in London soll langfristig eine Art Performing-Arts-Schule entstehen, die nicht nur Gesang fördert, sondern auch den Zugang zur internationalen Musik- und Performanceindustrie erleichtert. „Es soll vor allem ein Space sein, in dem Artists sich technisch und künstlerisch ausprobieren und weiterentwickeln können.“ So sollen die Artists neben dem Chorgesang auch Skills erlernen, um in der internationalen Performanceindustrie zu arbeiten und Kontakte zu knüpfen.

Daher ist der Chor zugleich künstlerisches Projekt und eine solidarische Community. „Wir schaffen Narrativen und Geschichten Raum, die außerhalb einer heteronormativen und weißen Perspektive nicht erzählt werden würden“, sagt Anh

Khoa. „Wenn wir als große Gruppe von BIPOC- und LGBTQIA-Künstler*innen gemeinsam mit dem Publikum eine Botschaft teilen, entsteht für einen Moment die Vision einer Utopie.“ An diesem Punkt wird deutlich, dass Born2Sing nicht nur ein willkürlich gewählter Name ist, sondern auf der Vorstellung beruht, dass Stimme etwas Ursprüngliches und allen Menschen Zugängliches ist: „Wir glauben, dass jede*r zum Singen geboren ist“, sagt Anh Khoa. „Wenn man geboren wird, ist das erste Geräusch, das man von sich gibt, ein lauter Schrei,

oder, wie wir es nennen, Belting. Von da an wird den meisten Menschen gesagt, sie sollen still sein, sich klein machen, damit andere sich nicht gestört fühlen. Bei Born2Sing verstehen wir, dass insbesondere marginalisierte Gemeinschaften das Gefühl haben, ihre Stimmen würden klein gehalten. Wir wollen das innere Kind jeder Sängerin und jedes Sängers willkommen heißen und diese einzigartige, unapologetische Verbindung zur Stimme wieder aufbauen – aber in Gemeinschaft.“



SYSTEMATISCH VERNACHLÄSSIGT:

DIE WELT IST NOCH IMMER KEIN
SICHERER ORT FÜR FRAUEN*

ILLUSTRATION: WADIM PETUNIN

TEXT: LUCY HAMMANN

Anna* hat Angst – um sich und ihre zwei Töchter. Ihr Ehemann beginnt nach der Geburt der zweiten Tochter respektloser zu werden, sie zu demütigen, abzuwerten und zu beleidigen. Er bringt außerdem seine Unzufriedenheit über die von Anna allein geleistete Care-Arbeit zum Ausdruck und beschwert sich regelmäßig darüber, dass sie nicht genug Zeit für seine Bedürfnisse hat. Er fängt an, sie zu sexuellen Handlungen zu zwingen. Seine Gewalt gegenüber Anna steigert sich mit der Zeit zunehmend, neben der verbalen, emotionalen, psychischen und sexualisierten Gewalt – kommt es später auch zu körperlicher Gewalt. Er schlägt ihr ins Gesicht und würgt sie. Seine Gewalt wiederholt sich im Wechsel mit Entschuldigungen und Besserungsversprechen. Als Anna ihren Trennungswunsch äußert, wird er noch gewalttätiger. Er schüchtert sie ein und nutzt dabei seinen Job als Anwalt aus, droht Anna damit, dass ihr das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen wird. Eines Morgens reißt er sie früh aus dem Schlaf, beschimpft sie und beginnt, sie im Bett zu würgen, droht ihr vor ihren Töchtern, sie zu töten. Anna kann sich befreien, nimmt ihre Töchter an sich und versucht zu fliehen. Er versperrt ihr den Weg, entreißt ihr die kleinere Tochter, wodurch sie mit dem Kopf auf den Boden aufschlägt. Mit größter Anstrengung gelingt ihr die Flucht zur Nachbarin. Von dort ruft sie die Polizei und die Notaufnahme der Hamburger Frauenhäuser 24/7 an.

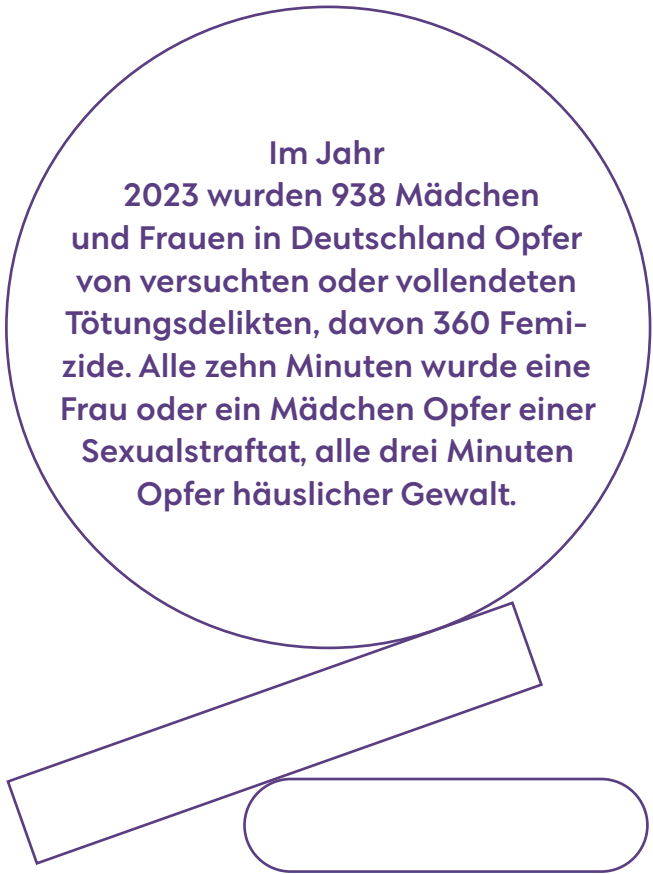
Die Geschichte dieser Frau ist kein Einzelfall. Laut Schätzungen der Vereinten Nationen sind im Jahr 2024 weltweit etwa 83.000 Frauen zum Opfer tödlicher Gewalt in Beziehungen oder der Familie geworden. In Deutschland steigen die Zahlen. Nach Angaben des Innenministeriums starben im selben Jahr 308 Frauen infolge von Gewalttaten. In Hamburg ist die 24/7 die zentrale Notaufnahmestelle der Frauenhäuser und rund um die Uhr erreichbar. Oft ist sie die erste Anlaufstelle für schutzsuchende Frauen. Auch die Opferhilfe Hamburg hat täglich mit Betroffenen zu tun. Sie ist eine Krisenberatungsstelle für Erwachsene und nennt als häufigsten Beratungsanlass für Frauen Gewalt in der Beziehung.

Gewalt gegen Frauen ist strukturell und erfordert eine systematische Bekämpfung. Ein wichtiger Meilenstein wurde vor 14 Jahren mit der Istanbul-Konvention gesetzt – ein Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Es stellt erstmals ein völkerrechtlich bindendes Instrument dar. Die extremste Form von geschlechtsspezifischer Gewalt ist der Femizid. Femizid bedeutet die Tötung einer Frau aufgrund ihres Geschlechts. Drei Frauen haben allein im Juli 2025 in Hamburg durch einen mutmaßlichen Femizid ihr Leben verloren. Es sind drei individuelle Schicksale und trotzdem sollten diese Taten keineswegs als tragische Verbrechen der privaten Sphäre, Eifersuchtstaten oder Familiendramen verharmlost werden. Die Istanbul-Konvention wurde 2011 ausgearbeitet und in der Türkei unterschreiben. Seit 2018 ist sie auch in Deutschland geltendes Recht. Die Konvention hat das Ziel, ein ganzheitliches Konzept mit umfassenden politischen und rechtlichen Maßnahmen zur Bekämpfung und Verhütung, zur Verfolgung und Beseitigung aller Arten von Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu entwickeln und umzusetzen. Insbesondere Koordinierungsstellen zur Abstimmung verschiedener Maßnahmen sind dabei wichtig. Die Kontrolle erfolgt durch die unabhängige Expert*innengruppe (GREVIO). Diese wertet Berichte und Informationen aller Beteiligten aus und gibt dem Vertragsstaat Empfehlungen zur Umsetzung der Konvention. Der erste und bisher einzige Evaluationsbericht zu Deutschland wurde 2022 veröffentlicht.

Das Übereinkommen entstand nicht in einem luftleeren Raum. Gewalt gegen Frauen ist kein Randphänomen der Gesellschaften und beeinflusst heute wie damals den Alltag vieler Frauen. Die größte Gefahr von Gewalt geht von Menschen, insbesondere Männern, aus dem sozialen Umfeld und häufig von (Ex-)Partnern aus. Sowohl bei 76 Prozent der Betroffenen einer Vergewaltigung als auch bei 74 Prozent der Femizide war der Tatverdächtige dem Opfer bekannt.

Der Begriff Femizid hat in Deutschland, anders als in einigen Ländern Lateinamerikas, jedoch keine juristische Grundlage. Femizide werden im deutschen Strafrecht als Mord (§ 211 StGB) bzw. Totschlag (§§ 212, 213 StGB) strafrechtlich verfolgt. Dies wird von verschiedenen Organisationen, wie beispielsweise vom Verein Frauenhauskoordinierung, der deutschlandweit tätig ist, kritisiert. Auf ihrer Website heißt es: „Gerichte berücksichtigen in der Praxis oft nicht, dass Gewaltbeziehungen von Macht und Kontrolle geprägt sind. Stattdessen wirken sich Verlustgefühle und vermeintlich gerechtfertigte Besitzansprüche des Täters regelmäßig strafmildernd aus.“ Anders ist es bei sogenannten „Ehrenmorden“.

Diese werden laut dem Deutschen Institut für Menschenrechte meist als Mord eingestuft. Durch diese kulturspezifische Betrachtungsweise werden (rassistische) Stereotype verfestigt und „der ganzheitliche Ansatz der Istanbul-Konvention als Antwort auf die tödliche Gewalt verhindert.“



Der Bericht der Expert*innengruppe GREVIO appelliert an Deutschland und adressiert Handlungsbedarf. Insbesondere der Schutz und die Sicherheit von asylsuchenden Frauen und Mädchen sowie anderer marginalisierter Gruppen sei nicht gewährleistet. Es gebe „zahlreiche Beispiele, in denen Frauen und Mädchen keinen oder nur unzureichenden Zugang zu spezialisierten Hilfsangeboten für Erfahrungen mit sexueller Gewalt, häuslicher Gewalt und anderer geschlechtsspezifischer Gewalt haben. [...] Ihr Zugang zu diesen Angeboten muss dringend bundesweit und in allen Asylaufnahme- und Unterbringungseinrichtungen sichergestellt werden.“ (report on germany 2022). Auch die Frauenhausstatistik zeigt: In Deutschland sind derzeit nur ca. 7.700 Frauenhausplätze verfügbar während laut Istanbul-Konvention ca. 21.000 benötigt würden.

Eine Mitarbeiterin der 24/7 Notaufnahme der Hamburger Frauenhäuser erzählt, dass es täglich Fälle gibt, in denen Frauen aufgrund verschiedenster Umstände nicht akut geholfen werden kann. Frauen, die auf Pflege oder Assistenz angewiesen sind, Frauen mit Haustieren, Frauen, die bestimmte psychische Erkrankungen haben, und Frauen, die konsumieren. Diese können keinen Schutzplatz im Frauenhaus in Anspruch nehmen: „Nicht, weil wir nicht wollen, sondern, weil die Voraussetzungen für diese Bedarfe bisher auf politischer Ebene nicht mitgedacht, nicht finanziert und/oder nicht umgesetzt wurden.“

Die Notaufnahme der Hamburger Frauenhäuser 24/7 stößt mit ihren Kapazitäten regelmäßig an ihre Grenzen. Bis Oktober 2025 war die Einrichtung bereits an 51 Tagen des Jahres überbelegt oder voll. Frauen, die dann Schutz in der Einrichtung suchen, müssen auf ungeschützte Wohnungslosenunterkünfte verwiesen werden oder, wenn irgendwie möglich, private Ressourcen aktivieren. Die 24/7 Notaufnahme der Hamburger Frauenhäuser fordert die vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention. Viele bestehende Häuser seien marode, böten keine Privatsphäre und keine traumasensible Umgebung, weshalb Frauen teils auf Schutz verzichten. Zudem müsse Gewalt gegen Frauen in Bildung und Öffentlichkeit neu thematisiert werden: Patriarchale Strukturen und Männlichkeitsbilder seien als Ursache von Gewalt zu thematisieren.

Außerdem müsse die Verantwortung von den Betroffenen auf die Täter verlagert werden.

(Sexualisierte) Gewalt gegen Frauen ist systematisch. Der häusliche Raum ist ebenso politisch wie der öffentliche, er stellt für Frauen nicht automatisch eine sichere Umgebung dar und trotzdem wird er immer noch marginalisiert. Alle Formen der Gewalt gegen Frauen müssen öffentlich und medial benannt, Rechtsgrundlage geschaffen und der häusliche Raum repolitisiert werden. Nur dann kann eine wirkliche Verbesserung bei der Sicherheit für Frauen und Mädchen erreicht werden. Auch die Istanbul-Konvention muss daher fest in unserer Gesellschaft verankert werden, im (Rechts-)System ebenso wie in unseren Köpfen.

*Name von der Redaktion geändert



Im Artikel wird der Begriff Femizid verwendet. Dieser wird oft mit Feminizid gleichgesetzt, hat aber eine andere Bedeutung: Femizid bezeichnet die Tötung von Frauen durch ihnen nahestehende Männer, während Feminizid die Verantwortung und das Handeln staatlicher Institutionen im Umgang mit diesen Taten beleuchtet. Der Begriff Femizid ist eng mit internationalen feministischen Bewegungen verbunden.

DIE STADT HAMBURG – EIN SICHERER HAFEN?

Text: Johanna von Kirchbach

Illustration: Maraia Jakimov

Ungefähr fünf Großdemonstrationen, knapp vierzig Fußballspiele und 46 Weihnachtsmärkte fanden im Jahr 2024 in Hamburg statt. Gleichzeitig erreicht die politisch motivierte Kriminalität in Deutschland einen neuen Höchststand seit 2016. Somit rückt auch das Thema Sicherheit immer verstärkt in den Fokus und auch in der Stadt Hamburg wird aufgerüstet.

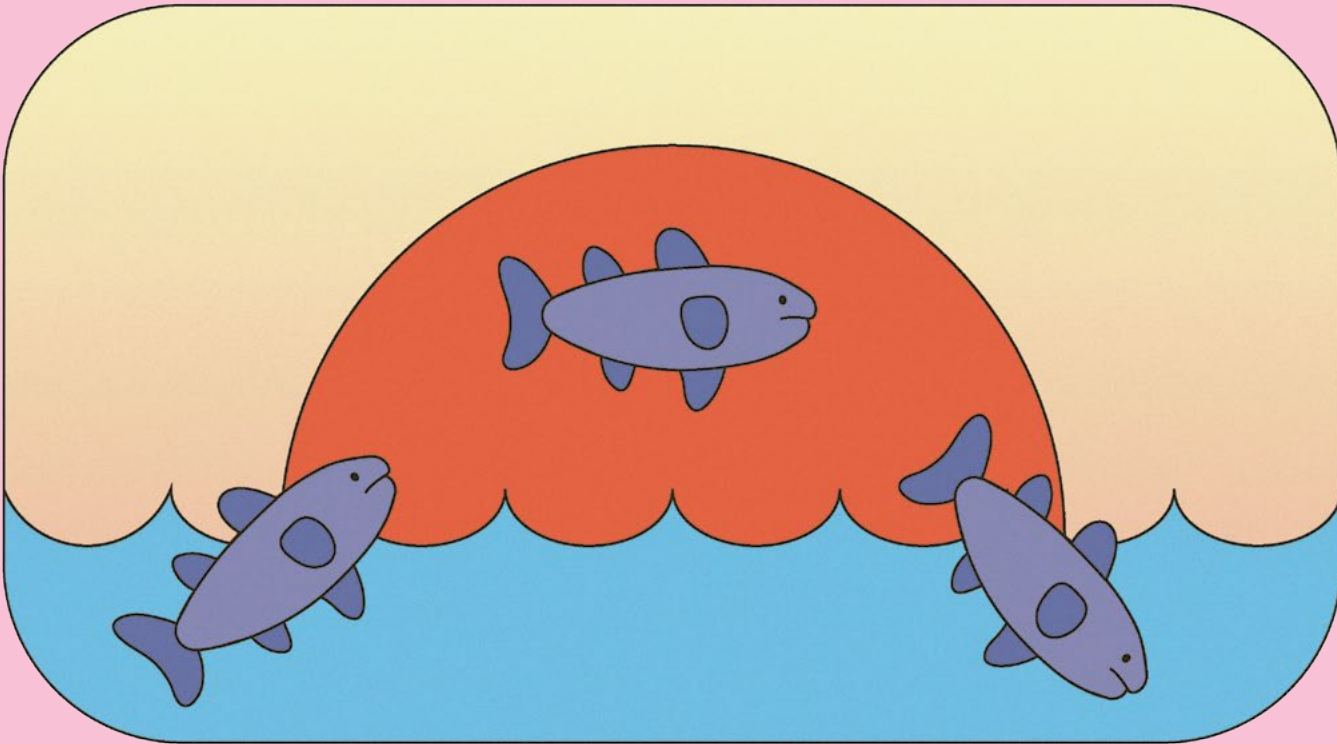
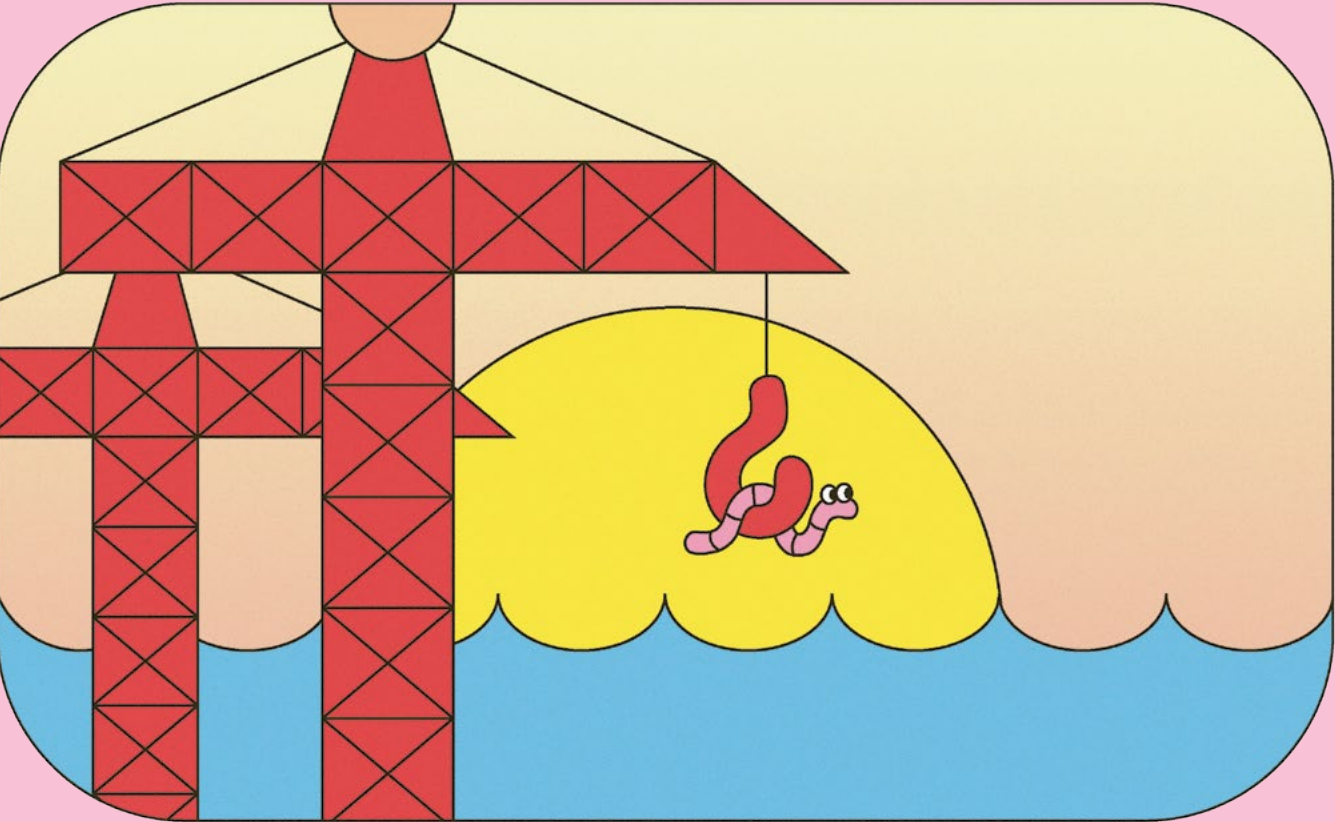
Unsicher unterwegs im ÖPNV

Es ist schon fast wieder Morgen, als Selma sich auf den Weg vom Kiez nach Hause macht. Noch nicht vollkommen ausgenüchtert setzt sie sich in ein Vierer-Abteil und steckt sich Kopfhörer in die Ohren. Zwei Stationen, bevor die S-Bahn Selmas Station erreicht, steigt ein Mann ein. Er blickt sich torkelnd um und wankt schließlich auf Selmas Abteil zu. Als er sich direkt auf den Platz neben ihr fallen lässt, bekommt sie Angst. Würde er ihr etwas antun?

Selmas Fall ist kein Einzelfall. Eine Studie des Bundeskriminalamts aus dem Jahr 2022 zeigt, dass mehr als die Hälfte der 23.290 befragten Frauen nachts bestimmte Orte aus Angst vor Gewalttaten meidet – am häufigsten wird dabei der öffentliche Personennahverkehr genannt. Bei den

befragten Männern sind es hingegen nur 23 Prozent. Falls eine Bedrohung am Bahnsteig akut wird, gibt es bereits an jeder U-Bahnstation mindestens eine Notrufsäule, über die mit einem Knopfdruck die Hochbahn-Wache alarmiert werden kann. Doch diesen Knopf in Anspruch zu nehmen, erfordert Mut und Kraft, vor allem wenn man sich gerade in einer Not-situation befindet.

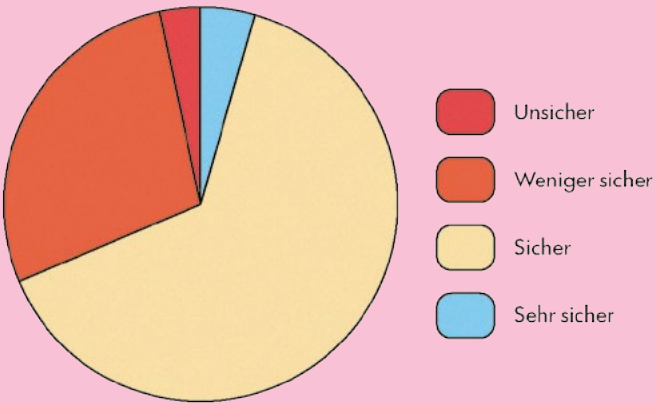
Um das Nutzen der öffentlichen Verkehrsmittel angenehmer zu gestalten, besonders für weiblich gelesene Personen, kam in japanischen Großstädten wie Tokyo und Osaka ein anderer Lösungsansatz auf: Dort gibt es bereits seit 1980 Frauenwaggons in den U-Bahnen, also Abteile nur für Frauen. Die ehemalige Grünen-Sprecherin für Verkehrspolitik, Antje Kapek, fordert diese Maßnahme auch in deut-



schen Großstädten, gerade in Städten wie Hamburg oder Berlin. Frauenwaggons seien ein Schutzraum, der Frauen ermögliche, auch in der Rushhour oder in der Nacht ohne Übergriffe mit der U-Bahn zu fahren, so Kapek. Eine Maßnahme, die auch Selma in der U-Bahn geholfen hätte. Doch es gibt auch Gegenstimmen. Kritisiert wird vor allem, dass die Verantwortung für Sicherheit von der Gesellschaft und den Betreibern auf die Frauen selbst abgewälzt wird und somit eine Stärkung sexistischer Normen stattfinden könnte.

Sicherheit in Hamburg – eine Illusion?

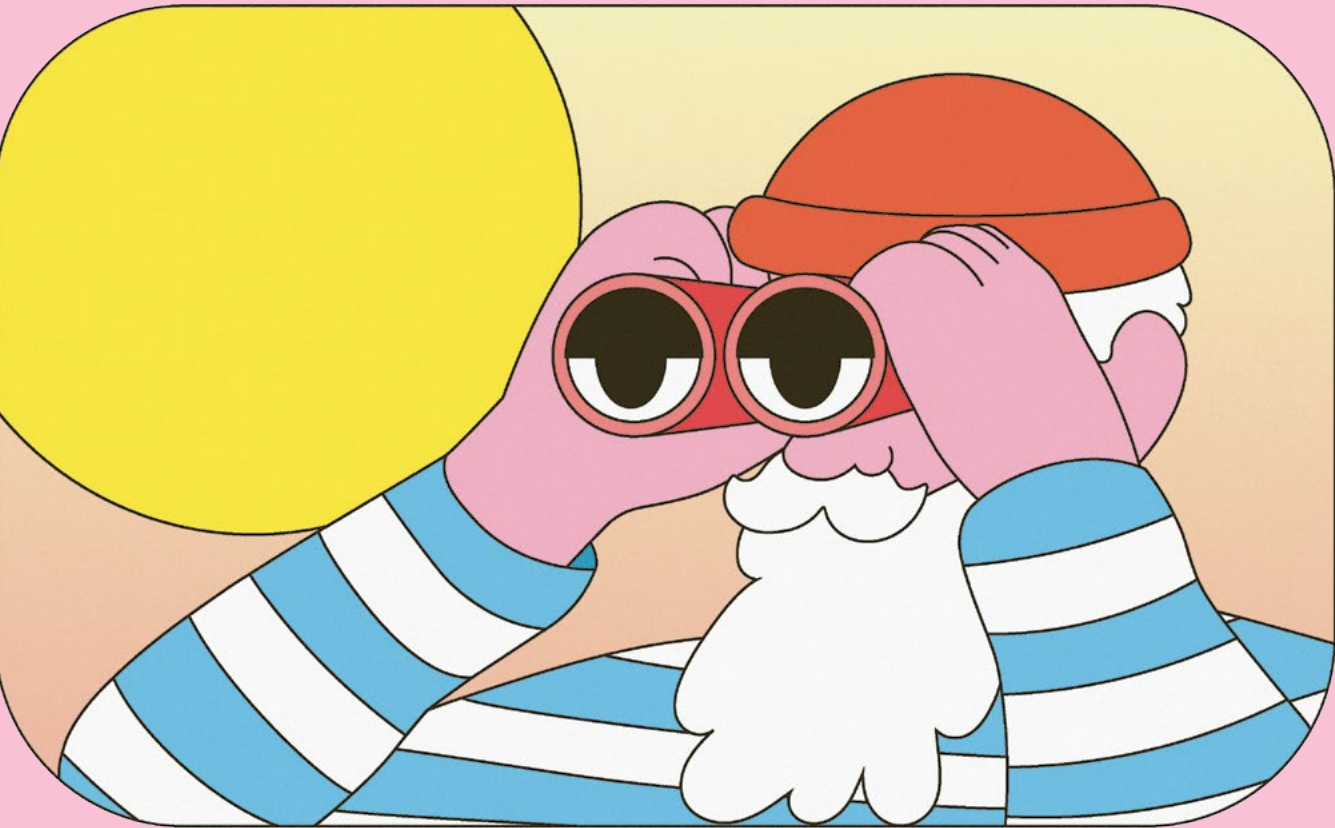
Wie sicher fühlen Sie sich in Hamburg? Wo fühlen Sie sich sicher, wo vielleicht weniger sicher? Dies sind unter anderem Fragen, die von 64 zufällig ausgewählten Hamburger*innen im Rahmen einer kleinen Umfrage beantwortet wurden. Allgemein fühlen sich 4,6 Prozent der Befragten sehr sicher, 64 Prozent fühlen sich sicher. 28,1 Prozent gaben an, sich weniger sicher zu fühlen, während 3,1 Prozent sogar angaben, sich unsicher zu fühlen.



Im nächsten Teil der Umfrage ging es für die Befragten darum, Orte und Ereignisse nach ihrem Sicherheitsempfinden zu ranken. Öffentliche Veranstaltungen, wie beispielsweise Weihnachtsmärkte, wurden von den Befragten auf den zweiten Platz mit hohem Sicherheitsempfinden eingestuft – die meisten fühlen sich dort somit also sehr sicher. Die Pressestelle der Polizei sagt auf Nachfrage von GENZ dazu: „Unverzüglich nach Bekanntwerden der Tat in Magdeburg am 20.12.2024 hat die Polizei eigene Präsenzmaßnahmen auf den Weihnachtsmärkten in Hamburg präventiv weiter erhöht.“ Die bereits vorhandenen Sperrelemente im Bereich der Weihnachtsmärkte seien in enger Abstimmung zwischen den Veranstaltenden, den zuständigen Bezirksämtern und der Polizei noch einmal vorsorglich überprüft worden, bestätigt ein Auszug aus einer Bürgerschaftssitzung vom 4. Februar 2025.

Wie steht es um die Kriminalität in Hamburg?

Die Kriminalstatistik für das erste Halbjahr 2025 liest sich überraschend positiv: Nach Angaben der Innenbehörde sei die Zahl der Straftaten im ersten Halbjahr im Vergleich zur gleichen Zeit im Vorjahr um acht Prozent gesunken. Die Aufklärungsquote sei von 46,2 Prozent auf 48,7 Prozent gestiegen. Laut Innenbehörde sei Hamburg eine sichere Stadt – im Vergleich zu 2019 sei das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, gesunken. Dies habe unter anderem mit verschärften Sicherheitsmaßnahmen zu tun, die einer fortlaufenden, kritischen Bewertung vor dem Hintergrund neuer Erfahrungen und aktueller Erkenntnisse unterliegen. Doch auch wenn die meisten Bürger*innen die verschärften Sicherheitsmaßnahmen begrüßen und das geschwächte Sicherheitsgefühl der Bürger*innen sich durch diese Maßnahmen vielleicht wieder erholt, gibt es gleichzeitig auch kritische Stimmen – besonders wenn es um den Ausbau von Überwachungskameras geht.



Sicherheit vs. Freiheit – ein Balanceakt

„Der Glaube, mit mehr Überwachung ließe sich mehr Sicherheit herstellen, scheint ungebrochen“, lautet der Titel eines Interviews mit Sven Lüders, dem ehemaligen Geschäftsführer der Humanistischen Union, einer unabhängigen Bürgerrechtsorganisation. Diese setzt sich seit ihrer Gründung 1961 für den Schutz und die Durchsetzung der Menschen- und Bürgerrechte ein. In diesem Interview stellt Lüders die These auf, dass gerade die Sicherheit, die mit mehr Kameras versprochen wird, in den meisten Fällen trügerisch sei. „Videokameras führen nur in seltenen Fällen (etwa in Parkhäusern) zu mehr Sicherheit“, so Lüders.

Für eine „sichere Zukunft“ kommen auch in Hamburg immer mehr Videokameras zum Einsatz. Eine Schlüsselrolle spielen dabei die im August 2024 vor dem Hauptbahnhof neu installierten Kameras. Für diese Kameras wurden insgesamt 1,2 Millionen Euro ausgegeben, dazu kommen noch mehrere Hunderttausend Euro laufende Kosten pro Jahr. Das Ziel: Polizeistreifen entlasten, Täter*innen schneller identifizieren und ein Sicherheitsgefühl für Passant*innen und Reisende schaffen. Doch damit nicht genug, die Stadt Hamburg plant, zukünftig KI einzusetzen, um bedrohliche Situationen besser erkennen zu können.

All das sind Ansätze und Maßnahmen, welche Sven Lüders schon im Jahr 2017 kritisch beobachtet hat. Am Berliner Bahnhof Südkreuz wurde die sogenannte intelligente Videoüberwachung von der Bundespolizei und der Deutschen Bahn durchgeführt, mit dem Ziel, Gesichter und Verhaltensmuster zu erkennen sowie Bewegungsabläufe verdächtiger Personen innerhalb der Stadt nachzuverfolgen. Lüders kritisiert dies

scharf: „Da die Kameras am Ende jedoch nicht intelligent sein können, birgt das die Gefahr der Stigmatisierung. Es wird Menschen geben, die falsch identifiziert werden und dann von der Polizei kontrolliert werden, weil ein Computer sie verwechselt hat.“

Eine Analyse der Innenbehörde Hamburgs aus dem Zeitraum vom 1. August 2019 bis zum 31. Januar 2020 belegt jedoch tatsächlich einen deutlichen Rückgang der Straftaten an dem „Brennpunkt im Herzen St. Georgs.“ Im Bereich Körperverletzung habe es im Vergleichszeitraum 2018/19 einen Rückgang um 38,7 Prozent gegeben, im Bereich Straßen- und Drogenkriminalität sogar einen Rückgang um 61,7 Prozent. Aktuellere Zahlen lassen sich zu diesem Zeitpunkt nicht finden, es lässt sich jedoch erkennen, dass die Kameras offenbar eine gewisse Wirkung erzielen.

Sicherheit – eine Frage des Gleichgewichts

Am Ende zeigt sich: Sicherheit ist kein fester Zustand, sondern ein ständiges Aushandeln zwischen Freiheit und Schutz. Wie viele andere Großstädte auch, ist Hamburg auf der Suche nach diesem Gleichgewicht. Ob Kameras, Polizeipräsenz oder Frauenwaggons: Keine Maßnahme wird je die Ängste aller Menschen nehmen können. Vielleicht liegt die eigentliche Stärke einer Stadt jedoch nicht darin, absolute Sicherheit zu versprechen, sondern darin, ein Klima zu schaffen, in dem Menschen trotz Unsicherheiten mutig ihren Alltag leben können – wachsam, aber nicht in Furcht.

LET’S GET



Unsere

**Hybrid bedroht?*

Text: Veit Vogler

Sicherheit

In den frühen Morgenstunden des 20. Juli 2024 explodiert am Flughafen Leipzig ein Versandpaket in der Gepäckabfertigung. Der Sprengsatz zündet noch vor der Beladung des Flugzeuges. Deutschland entgeht an diesem Tag wohl nur knapp einer Luftfahrt-katastrophe. Nach über einem Jahr gab die litauische Generalstaatsanwaltschaft ihre Ermittlungsergebnisse bekannt: Das Paket soll eines von vieren gewesen sein, die zuvor in Vilnius aufgegeben wurden. Zwei weitere detonierten in Polen und England, bei einem löste der Zünder aufgrund eines Defekts nicht aus. Als Drahtzieher ermittelten die Behörden mehrere Personen mit Verbindungen zu militärisch-nachrichtendienstlichen Einrichtungen in Russland. Die russische Botschaft in Berlin wies solche Vorwürfe zurück.

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) listet den Vorfall als Sabotageakt – und als Beispiel sogenannter „hybrider Kriegsführung“. In den letzten Jahren ist dieser Begriff ein medialer Dauerbrenner geworden. Auch Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius gab schon im Dezember 2024 an, dass Deutschland im Fokus hybrider Angriffe aus Russland stehe.

Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages versteht unter hybrider Kriegsführung den „kombinierten Einsatz regulärer und irregulärer politischer, wirtschaftlicher, medialer, subversiver, geheimdienstlicher, cybertechnischer und militärischer Kampfformen, deren Anwendung den Zweck verfolgt, die völkerrechtlichen Grenzen zwischen Krieg und Frieden zu verwischen.“ Das Konzept beschreibt also eine Grauzone zwischen Krieg und Frieden, in der verschiedene Mittel kombiniert werden, ohne einen offenen militärischen Konflikt auszulösen.

Wenn Menschen in Deutschland von einem Angriff hören, denken viele zunächst an den klassischen Krieg: Raketen und Bomben, Kampfdrohnen und Panzer. Diese Vorstellung beruht auf einem traditionellen Verständnis von Krieg und Frieden, das beide Zustände klar voneinander trennt – oft sogar durch eine formelle Kriegserklärung. Hybride Kriegsführung bricht mit diesem Bild. Fremdstaatliche Akteur*innen nutzen gezielt die Angst vor einem Kriegseintritt, testen Schwachstellen und überschreiten selten die Eskalationsschwelle. Dennoch können ihre Aktivitäten kriegsähnliche Schäden verursachen.

Die Hybridität ergibt sich gerade daraus, dass diese Angriffe nicht in klare Kategorien eingeordnet werden können. Klassische Beispiele sind Sabotageakte, Cyberangriffe, gezielte Desinformationskampagnen oder auch staatlich gesteuerter Terrorismus. Insbesondere die Verschleierung der Urheberchaft und die Instrumentalisierung von Dritten führen dazu, dass dahinterstehende Staaten oft wenig zu befürchten haben.

Seit 2022 verzeichnet die DGAP einen deutlichen Anstieg hybrider Angriffe. Besonders häufig richten sie sich gegen kritische Infrastruktur – also Einrichtungen, die für das öffentliche Leben unverzichtbar, aber zugleich verwundbar sind: Energieversorgung, Datennetze oder das Gesundheitswesen. Angriffe an diesen Punkten können mit vergleichsweise geringem Aufwand nationale Krisen auslösen. Mit koordinierten Cyberangriffen lassen sich Krankenhäuser, Kraftwerke oder andere Einrichtungen so schwer treffen, wie es früher nur Bomben und Raketen konnten – und das ganz ohne einen „klassischen“ Krieg.

So etwa hackten im Jahr 2024 Cyberkriminelle das britische Gesundheitssystem. Die Störungen in mehreren Krankenhäusern führten neben Datenlecks und Verzögerungen auch zum Tod mindestens eines Patienten, wie die BBC berichtete. Auch wenn Deutschland bisher von derart drastischen Fällen verschont geblieben ist: Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik meldet seit Jahren steigende Zahlen von Vorfällen in der kritischen Infrastruktur. Waren es 2021 noch 385 registrierte Fälle, stieg die Zahl 2024 auf 796.

Ganz nah dran an diesen Entwicklungen ist Sönke Marahrens. Er ist Bundeswehroffizier und Experte für hybride Bedrohungen, zu denen er unter anderem am Institut für Sicherheitspolitik in Kiel (ISPK) forscht. Marahrens betont gegenüber GENZ, dass vor allem die Digitalisierung fremdstaatlichen Akteur*innen neue Möglichkeiten zur Einflussnahme eröffnet habe. Eine zentrale Rolle spielten dabei soziale Medien. Diese ermöglichten zwar demokratischen Austausch, böten aber zugleich Raum für Desinformation, Beleidigungen und gezielte Meinungspolarisierung – was gerade fremdstaatliche Akteur*innen ausnutzten.

Deutschland steht immer wieder im Zentrum solcher Kampagnen. Deutsche und europäische Medienhäuser werteten 2024 den Leak einer kremlnahen Me-

dienagentur aus, der ein koordiniertes Netzwerk zur Verbreitung von Falschnachrichten und polarisierenden Narrativen auf Social Media aufdeckte. Nach Tages-schau-Informationen setzte sich die Agentur selbst Ziele, darunter eine Steigerung der „Zukunftsangst“ in der deutschen Bevölkerung und einen Stimmenanteil von über 20 Prozent für die AfD bei der nächsten Bundestagswahl.

„Wenn Russland es jetzt schaffen würde, die öffentliche Meinung in Deutschland zu kippen, dann würde dies zu einer tatsächlichen Entlastung der russischen Armee in der Ukraine führen“, erklärt Marahrens mit Blick auf die deutsche Unterstützung für Kyjiw. Besonders gefährlich sei die Strategie der Meinungspolarisierung: Fremde Akteur*innen unterstützen gezielt beide Seiten gesellschaftlicher Streitfragen – und trieben sie gegeneinander.

Marahrens betont, dass die Meinungsfreiheit eines der höchsten Güter unserer Demokratie sei – Faktenfreiheit oder gezielte Desinformation gehörten aber nicht dazu. Das Bundesministerium des Inneren argumentiert ähnlich: Wenn fremde Staaten den offenen Meinungs-austausch durch Fake-Accounts und Falschinformationen missbrau-chen, um gesellschaftliche Spaltung voranzutreiben und das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Staates zu untergraben, handelt es sich um illegitime Einflussnahme – und damit auch um eine hybride Bedrohung.

Der Staat ist jedoch keinesfalls wehrlos. Eine eigene Task-force der Bundesregierung arbeitet derzeit an einem bundesweiten Lagebild zu hybriden Bedrohungen, in das auch die Bundesländer eingebunden werden. Schon im Rahmen der Hamburger Bürgerschaftswahl forderte die Deutsche Polizeigewerkschaft auf Länderebene mehr Ressourcen, etwa zur Abwehr von Drohnen über dem Hafen.

Expert*innen wie Marahrens werben für ein breites gesell-schaftliches Bewusstsein für die zunehmende Zahl hybrider Angriffe: „Einen Teil der Mittel gab es früher schon, aber die Intensität, mit der sie heute eingesetzt werden, ist deutlich anders. Und diese Aktivitäten finden jeden Tag statt.“ Er hält regelmäßig Vorträge und hat ein Planspiel entwickelt, um Menschen für diese Phänomene zu sensibili-sieren. Marahrens warnt davor, die vielen nadelstich-artigen Angriffe auf Deutschland und seine Nachbarn zu unterschätzen. „Wer sich je an Papier geschnitten hat, weiß, was ich meine: Mit einem Schnitt verliert man wenig Blut, mit ganz vielen verblutet man langsam.“

Seit der Explosion am Leipziger Flughafen ist viel passiert: Drohnen über deutschen Flughäfen und Industrieanlagen, fremde Kampfjets über NATO-Territorium. Mehrmals muss-ten am Flughafen München wegen Drohnensichtungen Maschinen am Boden bleiben. Diese Vorfälle kosten Zeit und Geld – vor allem aber verunsichern sie.

Es sind Angriffe ohne Krieg, aber mit Papierschnitten. Dass es nicht zu viele werden, wird für die Politik der kommenden Jahre eine Herausforderung bleiben.

ZWISCHEN SICHTBARKEIT UND SICHERHEIT:


Text: Johanna Petschick

WIE SICHER FÜHLEN SICH QUEERE

Illustration: Wadim Petunin

MENSCHEN HEUTE?

Wenn Mel (sie/ihr) mit ihrer Freundin auf dem Heimweg in der Bahn Händchen hält, bemerkt sie, wenn jemand ihnen gegenüber-sitzt und sie anstarrt. Um dann auf Nummer sicher zu gehen und in der Situation nicht weiter zu ‚provizieren‘, küssen sie sich zum Abschied nicht.



"Es fehlt an Repräsentation."

Laut einem Lagebericht, zur Sicherheit von LGBTQIA*-Personen vom Bundeskriminalamt (BKA) und dem Bundesinnenministerium (BMI) aus dem Jahr 2024 kennen viele queere Menschen diese Situation. Die Zahl queerfeindlicher Straftaten stieg in nur einem Jahr um 50 Prozent. Doch hinter diesen Zahlen stecken nicht nur Polizeistatistiken, sondern auch ein Alltag, in dem sich queere Menschen oft nicht sicher fühlen: beim Händchenhalten, auf dem Heimweg oder beim Besuch des Christopher Street Days (CSD).

Mel ist 25 Jahre alt, gebürtige Hamburgerin und hat Lehramt mit Schwerpunkt Sozialpädagogik studiert. Bei ihrer Familie ist sie bis heute nicht komplett geoutet, was vor allem religiöse Gründe hat. Das verursacht Stress.

Vor wenigen Jahrzehnten lebten viele queere Menschen in Deutschland weitgehend unsichtbar. Homosexualität stand bis 1994 unter Strafe, öffentliche Zuneigung im Alltag war kaum möglich. Erst mit den CSD-Demonstrationen und später der „Ehe für alle“ wurde Sichtbarkeit Schritt für Schritt erkämpft. Früher war vieles unsichtbar, heute sind wir sichtbarer – aber auch sicherer?

Obwohl queere Menschen heute offener leben können, zeigen die aktuellen Zahlen, dass die Bedrohung durch Anfeindungen und Gewalt wieder zunimmt. Das Fazit des Lageberichts: Ein „besorgniserregender Anstieg queerfeindlicher Straftaten über die vergangenen Jahre“. Ihr Lösungsansatz: Eine virtuelle Landkarte, die je nach Bundesland Anlaufstellen für polizeiliche Angebote abbilden soll. In Hamburg werden derzeit vier aufgelistet. Reicht das?

Viele queere Menschen schränken ihre Sichtbarkeit im Alltag aus Angst vor Anfeindungen ein. Laut einer Befragung der EU-Grundrechteagentur (FRA) von 2024 verzichteten rund 40 Prozent in Deutschland darauf, in der Öffentlichkeit Händchen zu halten. Etwa ein Fünftel meidet bestimmte Plätze oder Gegenden, weil sie dort Gewalt befürchten. Mehr als die Hälfte der Befragten berichtete, allein im letzten Jahr

belästigt worden zu sein. Was kann dem entgegengesetzt werden? Mel und auch viele andere aus der queeren Community wünschen sich vor allem mehr Safer Spaces. Safer Spaces sind Orte, an denen queere Menschen einfach sie selbst sein können – ohne Angst vor Blicken, Anfeindungen oder Diskriminierung. In Hamburg gibt es davon bisher zu wenige: Eine bekannte lesbische Bar fehlt zum Beispiel komplett. Köln zeigt mit der „Bölze“, wie so ein Raum aussehen kann.

Neben Safer Spaces sind aber auch Proteste und öffentliche Demos wichtig. Am bekanntesten sind wohl die Christopher Street Days, die auf der ganzen Welt in verschiedenen Städten jährlich stattfinden. Mel berichtet: „Beim CSD in Hamburg habe ich mich immer sehr sicher gefühlt. Die Stimmung war positiv, die Leute offen – auch Allies, die einfach mitgekommen sind. Ich hatte dort nie eine schlechte Erfahrung und das Gefühl, notfalls auch schnell aus der Situation rauszukommen. In anderen Städten war das schon anders.“ Allies – also Menschen, die sich solidarisch zeigen – spielen dabei eine große Rolle: durch Zivilcourage, durch offene Sprache und durch das klare Signal, dass Diskriminierung nicht akzeptiert wird. Der Hamburger CSD war im Jahr 2025 so gut besucht wie noch nie. Zum 45. Mal kamen die Besucher*innen zur Demonstration. Unter dem Motto „Wir sind hier, um zu bleiben. Queere Menschen schützen“ wurde ein Rekord geknackt: Rund 260.000 Menschen nahmen an der Demo teil. Manuel Opitz, Sprecher des Vereins Hamburg Pride, stellte fest: „Das war die größte CSD-Demo der Hamburger Stadtgeschichte.“

Dabei ist der CSD weit mehr als eine große Party. Er erinnert an die Proteste von 1969 in der New Yorker Christopher Street, als queere Menschen erstmals gemeinsam gegen Polizeigewalt auf die Straße gingen. Aus diesem Widerstand entwickelte sich eine weltweite Bewegung: von den ersten Hamburger CSD-Märschen in den 1980er-Jahren mit einigen Hundert Teilnehmenden bis hin zu den heutigen Großdemos. Die Sichtbarkeit ist zwar gewachsen, aber die politischen Forderungen bleiben.

Wie das Motto verrät, stand deshalb auch 2025 die Frage im Raum: Wie lässt sich die Sicherheit queerer Menschen wirklich verbessern? Der Verein Hamburg Pride stellte elf zentrale Forderungen vor. Darunter: ein Landesantidiskriminierungsgesetz, die konsequente Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes mit verpflichtenden Schulungen für Behörden, bessere Gesundheitsleistungen für trans, inter* und nicht-binäre Menschen sowie mehr Schutz für queere Geflüchtete. Seit November 2024 gibt es in Deutschland das Selbstbestimmungsgesetz. Es ersetzt das alte Transsexuellengesetz und macht vieles einfacher: Trans, inter* oder nicht-binäre Menschen können jetzt ihren Vornamen und Geschlechtseintrag beim Standesamt ändern – ohne ärztliche Atteste, Gutachten oder Gerichtsverfahren. Ein einfacher Antrag reicht. Das bedeutet: weniger Bürokratie, mehr Selbstbestimmung und vor allem mehr Respekt für die eigene Identität.

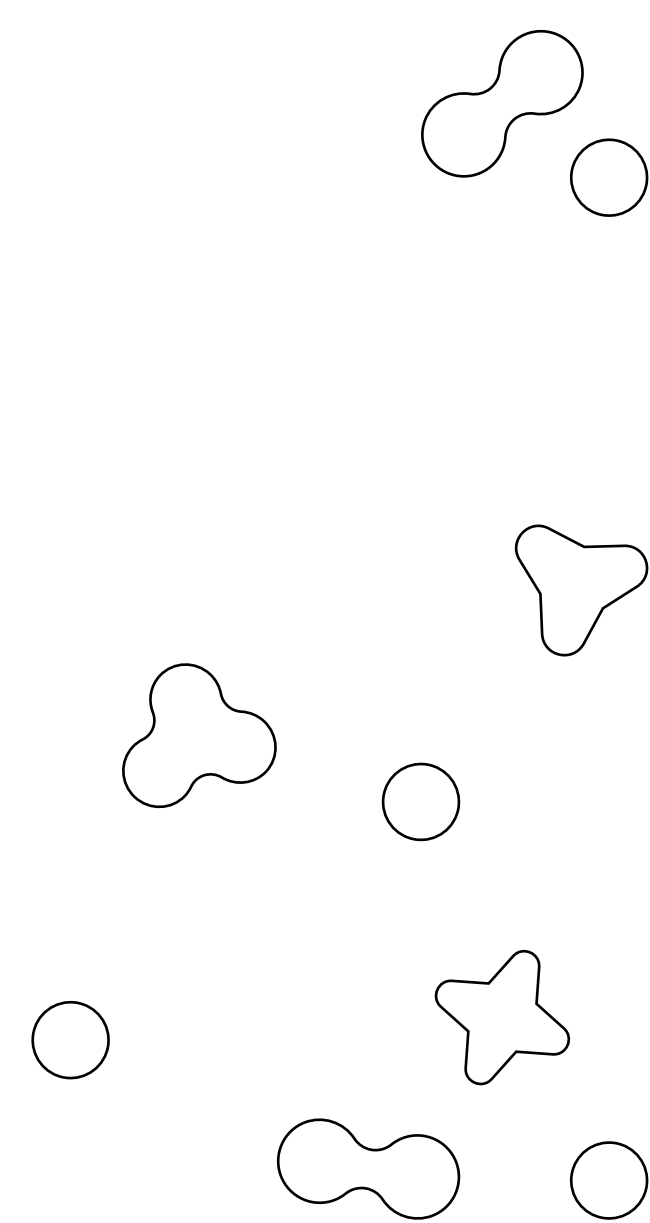
Um Diskriminierungserfahrungen zu minimieren, braucht es außerdem mehr Regulation durch die Politik. Das fordert auch Mel. Sie wünscht sich mehr Weiterbildungen und Förderungen, die dann auch verpflichtend durchgesetzt werden. „Nicht nur im queeren Kontext, sondern auch für andere Arten der Diskriminierung und von Rassismus. Oftmals fehlt es einfach an Aufklärung, die so vieles verhindern könnte. Selbst in meinem Studiengang gab es Menschen die manchmal komische Aussagen gemacht haben – und die haben Sozialpädagogik studiert.“

Was tut die Politik bisher? 2022 hat die damalige Bundesregierung den Aktionsplan „Queer leben“ beschlossen. Damit sollen queere Menschen in Deutschland besser geschützt und gleichberechtigt leben können. Zwei Jahre später zeigt ein Zwischenbericht: Ein großer Teil der Maßnahmen läuft bereits oder ist umgesetzt – wie beispielsweise das neue Selbstbestimmungsgesetz, härtere Strafen bei queerfeindlichen Angriffen und das Ende der alten, diskriminierenden Blutspenderegeln. Das sind Fortschritte – trotzdem sehen Verbände, wie der Bundesverband Trans* e. V. und Aktivist*innen große Lücken. Sie kritisieren: Diese Maßnahmen reichen nicht aus. Oft fehlt es an ausreichender Finanzierung und verbindlichen Gesetzen.

Mel bemängelt vor allem eins: „Es fehlt an Repräsentation. Ich glaube, momentan fühlt sich keine Minderheit durch den Bundestag repräsentiert, und das muss sich ändern.“ Gerade vor diesem Hintergrund sorgte die Entscheidung von Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) für Empörung: Erstmals seit Jahren durfte die Regenbogenflagge am Tag des Berliner CSD 2025 nicht mehr auf dem Reichstagsgebäude wehen. Offiziell begründet wurde das mit der „Neutralität des Parlaments“. Für viele in der Community war das allerdings ein fatales Signal. Auch Mel betont, dass sie dieses Zeichen der Regierung beunruhigt. „Das wirkt wie ein Statement der Politik zu sagen: ‚Ihr juckt uns nicht‘. Wenn parallel zu CSD-Demos immer mehr Neonazi-Züge ablaufen, dann macht mir das Sorgen.“

Die Debatte zeigt: Es geht nicht nur um Gesetze und Maßnahmen, sondern auch um Symbole. Für queere Menschen sind Sichtbarkeit und Anerkennung Teil von Sicherheit. Während Klöckner betont, die Diskussion habe „an Maß und Mitte verloren“, sehen viele Aktivist*innen gerade im Hissen der Regenbogenfahne ein notwendiges Zeichen – besonders in Zeiten, in denen queerfeindliche Angriffe wieder zunehmen. Mehr Sicherheit für queere Menschen ist aber keine Aufgabe, die allein bei der Politik liegt, auch wenn sie mit Gesetzen und besserer Finanzierung wichtige Rahmenbedingungen schaffen muss. Gesellschaftlich braucht es mehr Aufklärung: in Schulen, in Behörden, am Arbeitsplatz. Denn je selbstverständlicher queeres Leben sichtbar ist, desto schwerer haben es Vorurteile und Gewalt.

Am Ende wünschen sich Betroffene vor allem eines: einfach sie selbst sein zu können. Ohne Angst. Mit Respekt. Ob beim CSD, beim Date oder auf dem Heimweg nach Hause. Für Mel und ihre Freundin würde das bedeuten, dass ein Kuss in der Bahn einfach ein Kuss bleibt – ein Moment von Nähe und kein Risiko für ihre Sicherheit.



01



Katrin Albrecht, 25

02



Christoph Niederkofler, 27

03



Lisa Kasten, 22

04



Laura König, 26

05



Lennard Möhnle, 24

06



Sophia Schweizer, 27

07



Meral Nur Katran, 19

08



Katinka Paul, 19

09



Carlotta Schnepel, 25

10



Eirik Böttcher, 19

11



Alex Frieling, 25

12



Vivien Lloyd, 24

13



Wadim Petunin, 32

14



Johanna Petschick, 23

15



Veit Vogler, 26

16



Johanna von Kirchbach, 19

66



Polina Jakimova, 37

67



Maraia Jakimov, 26

68



Lucy Hammann, 26

69



Markus Hengelhaupt, 33

Hier findest du das gesamte Redaktionsteam der Ausgabe GENZ. Wir hoffen, dir haben die Artikel gefallen. Wir sehen uns bei der nächsten Ausgabe. Deinen GENZ-Team.Let's Get This!

Team

GENZ #08

Ableismus → S. 46
Ableismus bezeichnet die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen, die wiederum gesellschaftliche Barrieren und Ausschlüsse zur Folge hat.

Allies → S. 61
Allies sind Menschen, die marginalisierte Gruppen unterstützen, ohne selbst Teil dieser Gruppe zu sein. Sie engagieren sich solidarisch und aktiv im Kampf gegen Diskriminierung.

Antiziganismus → S. 15/16/17
Antiziganismus ist eine spezifische Form des Rassismus gegenüber Sinti*zze und Rom*nja. Er zeigt sich in Vorurteilen, Ausgrenzung und struktureller Benachteiligung. Diese Diskriminierung hat eine lange historische Tradition und wirkt bis heute nach.

Awareness-Team → S. 13
Ein Awareness-Team sorgt bei Veranstaltungen für das Wohlergehen aller Teilnehmenden. Es unterstützt Personen, die sich unsicher oder bedroht fühlen, und schafft eine sichere Atmosphäre.

Baby-Boomer → S. 18
Baby-Boomer sind Menschen, die zwischen etwa 1946 und 1964 geboren wurden. Sie gehören zu einer besonders geburtenstarken Generation.

Bilaterale Beziehungen → S. 42
Bilaterale Beziehungen sind politische, wirtschaftliche oder kulturelle Beziehungen zwischen zwei Staaten. Sie umfassen Abkommen, Verhandlungen und Zusammenarbeit. Oft haben sie großen Einfluss auf internationale Konflikte und Allianzen.

BIPoC → S. 45/46
BIPoC steht für Black, Indigenous and People of Color. Der Begriff betont gemeinsame Erfahrungen von Rassismus und Ausgrenzung. Gleichzeitig macht er unterschiedliche Identitäten innerhalb der Gruppe sichtbar.

Blackout → S. 08/09
Ein Blackout bezeichnet einen großflächigen Stromausfall. Er kann durch technische Defekte, Naturereignisse oder externe Angriffe entstehen. Langandauernde Blackouts haben weitreichende Folgen für Infrastruktur und Gesellschaft.

Christopher Street Day → S. 06/61/62
Der Christopher Street Day (CSD) ist eine Parade und politische Demonstration für die Rechte von LGBTQIA*-Personen in Erinnerung an die Stonewall-Proteste von 1969. Der CSD feiert Vielfalt und setzt ein Zeichen gegen Diskriminierung.

Cyberangriffe → S. 01/34/44/57
Cyberangriffe sind digitale Attacken auf Computersysteme oder Netzwerke. Sie werden eingesetzt, um Daten zu stehlen, Systeme lahmzulegen oder politische Prozesse zu beeinflussen. Staaten und Unternehmen investieren zunehmend in Cyberabwehr.

Desinformation → S. 34/57/58
Desinformation bezeichnet absichtlich falsche oder irreführende Informationen. Sie wird genutzt, um Meinungsbildung zu beeinflussen oder Chaos zu stiften. Besonders in sozialen Medien verbreitet sie sich schnell.

Die Wirtschaftsweisen → S. 18
Die Wirtschaftsweisen sind ein Expertengremium, das die deutsche Regierung in wirtschaftlichen Fragen berät. Sie veröffentlichten jährlich ein Gutachten zur wirtschaftlichen Lage. Ihre Einschätzungen beeinflussen politische Entscheidungen.

Diplomatie → S. 33/35/42/44
Diplomatie ist die Kunst der friedlichen Verhandlung zwischen Staaten. Sie soll Konflikte entschärfen und Kooperation ermöglichen. Diplomatische Beziehungen sind zentral für die internationale Politik.

Femizid → S. 50/51
Femizid bezeichnet die Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Er ist Ausdruck struktureller Gewalt und tief verwurzelter Ungleichheiten. Der Begriff macht auf die gesellschaftlichen Ursachen solcher Taten aufmerksam.

Green Flags & Red Flags → S. 21/23
Green Flags sind positiv zu wertende Verhaltensweisen in Beziehungen, während Red Flags auf problematische Muster hinweisen. Sie helfen, gesundes und toxisches Verhalten zu erkennen. Besonders in Social Media werden sie häufig thematisiert.

Hybride Kriegsführung → S. 57
Hybride Kriegsführung kombiniert militärische und nicht-militärische Mittel, etwa Cyberangriffe, Propaganda oder wirtschaftlichen Druck. Ziel ist es, einen Gegner zu destabilisieren, ohne offene Kriegshandlungen zu beginnen.

Klimakrise → S. 08/22
Die Klimakrise beschreibt die globale Erwärmung und ihre Folgen wie Extremwetter und Artenverlust. Sie wird vor allem durch menschliche Emissionen verursacht und Sie gilt als eine der größten Herausforderungen unserer Zeit.

LGBTQIA* → S. 45/46/61
LGBTQIA* steht für eine Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Identitäten. Die Buchstaben der englischen Abkürzung stehen für Lesben (Lesbian), Schwule (Gay), Bisexuelle (Bisexual), Transgender, Queer/Questioning, Intersexuelle (Intersex) und Asexuelle (Asexual). Das Sternchen betont Offenheit für weitere Identitäten.

Musterung → S. 31
Eine Musterung prüft die körperliche und mentale Tauglichkeit von Personen für den Militärdienst. Sie entscheidet darüber, ob jemand eingezogen werden kann. Der Ablauf variiert je nach Land.

NATO → S. 09/32/35/58
Die North Atlantic Treaty Organization (NATO) ist ein militärisches Verteidigungsbündnis, das 1949 gegründet wurde. Mitglieder verpflichten sich, sich im Falle eines bewaffneten Angriffs auf ein Mitglied gegenseitig zu unterstützen. Die NATO spielt eine zentrale Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik.

Patriarchat → S. 48/51
Das Patriarchat bezeichnet gesellschaftliche Strukturen, in denen Männer dominante Positionen einnehmen. Es prägt politische, soziale und kulturelle Machtverhältnisse. Feministische Bewegungen kritisieren diese Ungleichheit.

Queerness → S. 04/06/46/59/61/62
Queerness beschreibt Identitäten und Lebensweisen, die von hetero- und cisnormativen Vorstellungen abweichen. Der Begriff ist offen und vielfältig. Er steht für Selbstbestimmung und das Hinterfragen gesellschaftlicher Normen.

Safer Space → S. 01/04/13/23/46/61
Ein Safer Space ist ein Schutzraum, in dem Menschen frei von Diskriminierung und Anfeindungen sein sollen. Er fördert Austausch und gegenseitige Unterstützung. Safer Spaces sind für marginalisierte Gruppen besonders wichtig.

Sinti*zze und Rom*nja → S. 15/16/17
Sinti*zze und Rom*nja sind europäische Minderheiten mit langer Geschichte. Sie sehen sich häufig mit Vorurteilen und Diskriminierung konfrontiert. Ihre kulturelle Vielfalt ist groß und regional unterschiedlich.

Status Quo → S. 01/40/42
Der Status Quo bezeichnet den aktuellen Zustand oder eine bestehende Situation. In politischen Debatten beschreibt er, was gerade gilt. Veränderungen werden stets im Verhältnis zum Status Quo bewertet.

Stigmatisierung → S. 54
Stigmatisierung bedeutet, dass Teile der Mehrheitsgesellschaft bestimmten Gruppen negative Eigenschaften zuschreiben. Dies führt zu Ausgrenzung und Benachteiligung.

Toxische Beziehungen → S. 23
Toxische Beziehungen sind Beziehungen, in denen destruktive Verhaltensmuster überwiegen. Dazu zählen Manipulation, Kontrolle oder fehlender Respekt. Sie können die psychische Gesundheit stark belasten.

Völkerrechtlich bindend → S. 50
Etwas ist völkerrechtlich bindend, wenn Staaten rechtlich verpflichtet sind, sich daran zu halten. Dies gilt etwa für Verträge oder Resolutionen bestimmter Institutionen. Verstöße können internationale Konsequenzen haben.

Wehrpflicht → S. 31/32/33/34/35/44
Die Wehrpflicht verpflichtet Bürgerinnen und Bürger eines Staates zum Militärdienst. Sie kann unterschiedlich ausgestaltet sein und wird politisch kontrovers diskutiert.

Zwangssterilisierung → S. 15
Zwangssterilisierung ist ein schwerwiegender medizinischer Eingriff, bei dem Menschen ohne ihre Zustimmung unfruchtbar gemacht werden. Historisch wurde diese Praxis oft gegen marginalisierte Gruppen eingesetzt. Sie ist eine massive Menschenrechtsverletzung.

IMPRESSUM

**GENZ – das Jugendmagazin der Landeszentrale
für politische Bildung Hamburg**
Ausgabe 8 | Winter 2025/2026

HERAUSGEGEBER
Landeszentrale für politische Bildung (LZ Hamburg)
Dammtorstraße 14, 20354 Hamburg
Tel. 040 42823-4810

CHEFREDAKTEURIN & KOORDINATION
Felicia Holtkamp

CO-CHEFREDAKTEUR
Alex Frieling

ART DIREKTORIN & LAYOUT
Maraia Jakimov

FOTOGRAFIE COVER/BILDSTRECKE
Simon Deppe

ILLUSTRATOR*INNEN
Polina Jakimova, Maraia Jakimov, Wadim Petunin

LEKTORAT
Monika Halbinger

SCHLUSSREDAKTION
Markus Hengelhaupt

DRUCK
Max Siemen KG

Dieses Magazin wurde klimaneutral gedruckt

AUFLAGE
5.000 Exemplare

REDAKTIONSANSCHRIFT
Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung
Landeszentrale für politische Bildung
Markus Hengelhaupt | GENZ
Dammtorstraße 14
20354 Hamburg
moin@genz-hamburg.de

kostenfrei erhältlich im Shop der Landeszentrale
für politische Bildung Hamburg: Dammtorwall 1, 20354
Hamburg und online unter genz-hamburg.de

Impressum

HIER GEHT'S ZU UNSERER WEBSITE:



Das Quellenverzeichnis findet ihr auf
unserer Website

WIR FREUEN UNS ÜBER FEEDBACK!

Wie hat dir GENZ 08 gefallen? Was können wir
beim nächsten Mal besser machen? Schreib uns
unter moin@genz-hamburg.de

Wir bedanken uns bei allen Menschen, die mit neuen
Denkansätzen, Calls über Ozeane und Ländergrenzen
hinweg sowie großem Vertrauen GENZ 08 ermöglicht
haben! Ihr seid Zuper!



Demokratie braucht politische Bildung und mutige Ideen. Schnall den Sicherheitsgurt an – es geht los!

Was haben die Rente, die Sichtungen russischer Drohnen, die Ausgrenzung marginalisierter Gruppen, die Klimakrise, Cyberangriffe, die Debatte um den Wehrdienst und Probleme in zwischenmenschlichen Beziehungen gemeinsam? Ein Gefühl der Unsicherheit.

In der 8. Ausgabe überwindet GENZ den Sicherheitsabstand. Wir sprechen über Notreserven, Red und Green Flags, die Rente – und mit einem Milliardär. Sinti*zze und Rom*nja, queere Menschen und Migrant*innen erzählen von ihrem Sicherheitsgefühl in Deutschland. Wir besuchen nicht nur den Safer Space in uns selbst, sondern auch den Sportverein Galatasaray Hamburg, den Born2sing Chor, Taiwan und das Pilotprojekt wtf – what the fear.

Sicherheit ist vieles: Wunsch, Sorge, Gefühl, Zustand. Wir begreifen, dass – egal ob global, lokal oder persönlich – Sicherheit nicht immer gegeben ist, aber wir sie mitgestalten können.